

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

149 (1.7.1920)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Regulierungspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 1/2 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 1/2.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Restamezelle 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Erste Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 30. Juni. Im Herrenhaus wurde heute der Reichswirtschaftsrat eröffnet. Als Chef der Regierung begrüßte Reichsfinanzminister Brüning den Rat. Der Vorsitz, der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeübt wurde, fiel an die Arbeitgeber, und zwar an den Vertreter der Landwirtschaft Edler von Braun. Der Wirtschaftsrat, dessen Plenum nach Gruppen geordnet ist, Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Gruppe gemeinsam, erledigte dann seine vorläufige Geschäftsordnung und hatte damit das heutige Arbeitspensum hinter sich.

Der erste Vorsitzende soll entweder ein Arbeitgeber oder Arbeitnehmer werden. Der Alterspräsident Kommerzienrat Bamberg wird heute durch Los entschieden, welche von den beiden Kategorien den ersten Vorsitzenden stellen soll. Von den Arbeitnehmern wird Legien präferiert, der dann zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt wurde. Die Arbeitgeber schlagen nachdem die Industrie auf den 1. Vorsitzenden vorgeschlagen hat, Edler von Braun vor.

Im Reichswirtschaftsrat haben sich zwei Ausschüsse gebildet, einer für Volkswirtschaft, einer für Sozialpolitik.

Dem Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats widmen verschiedene Morgenblätter Wünsche und Hoffnungen. Die „Offizielle Zeitung“ erinnert daran, daß das Räte-system durchaus keine bolschewistische Ergründung ist. Der gesunde Gedanke, die Träger der Produktion an der Ausübung der Staatsgewalt mitwirken zu lassen, spielte bereits 1906 eine Rolle. Der Reichswirtschaftsrat wird schon in seiner jetzigen Verfassung den Versuch machen müssen, sich Rechte über das Maß hinaus zu erkämpfen, das ihm der Reichsgerichtlicher Politiker gewährt hat. Er darf kein politisches Parlament im alten Sinne, sondern eine Vertretung der Herrschaft der deutschen Produktion werden, die sich auf den Unterbau der Zusammenfassung sämtlicher deutschen Gewerbe zu selbständigen Verwaltungskörpern stützen kann.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird gesagt: Nach ist das Fundament der komplizierten Spitzenorganisation verfallen. Durch Leistung muß sich die Fundierung verhalten, von der andererseits die Leistungsfähigkeit selbst abhängt. Klassen erscheinen nach außen als Träger egoistischer Sonderinteressen von Gruppen, die an sich nicht produktiv sind. Stände sind im Innern solidarisch und diese Solidarität kommt dem Ganzen zu Nutzen, weil sie produktiv ist. Daß der Ständebegriff nach außen ebenso verkehrt wirkt wie der Klassenkampf, daß zu verhalten ist die vornehmste Aufgabe des Reichswirtschaftsrats, der der Träger des wirtschaftlichen Gemeinns der Nation ist.

### Das neue württembergische Kabinett.

Stuttgart, 30. Juni. Das württembergische Staatsministerium wird sicheren Berechnungen nach folgendermaßen zusammengesetzt sein: Minister Dr. Sieber Staatspräsident, und Kultus, Graf Innerer, Salz Justiz, Dieckhoff Finanzen, früherer Ministerialrat, jetzt Direktor bei Daimler, Schall Arbeit und Ernährung.

### Teuerungsmitteln.

Lübeck, 30. Juni. Hier brachen heute schwere Unruhen aus. Nachdem die Obst- und Gemüchshändler gezwungen worden waren, ihre Waren zu billigen Preisen abzugeben, plündernde Mengen durchzogen die Straßen. Sie hatten es namentlich auf Schuhwarengeschäfte abgesehen. Es wurden viel Waren geraubt. Soweit bis jetzt bekannt ist, wurden den Schiebern zwischen Polizei und Menge drei Mann der Sicherheitspolizei erheblich verwundet. Auch aus der Menge sollen verschiedene Personen getötet worden sein. Die Unruhen dauern an.

Lübeck, 30. Juni. Im Laufe des gestrigen nachmittags wurden weitere Geschäfte geplündert. Insgesamt sind weit über hundert Geschäfte der Bekleidungs- und Schuhwarenbranche ganz oder zum Teil ausgeplündert worden. Auch in Lebensmittelgeschäften plünderten sich wüste Szenen ab. Die Polizei mußte wiederholt von der Schutzwallen Gebrauch machen. Bisher wurden drei Tote festgestellt. Abends verhängte der Senat das Ausnahmezustand. Gleichzeitig alarmierte er die Einwohnerversammlung, die im Verein mit den Polizeimannschaften die Hauptstraßen absperre. Am Mitternacht schien der Hauptsturm vorüber zu sein.

Berlin, 30. Juni. Nach den Morgenblättern zog gestern ein Trupp von 100 Männern und Frauen vor das Ministerium für Ernährung, um gegen die Teuerung zu demonstrieren. Minister Dermes empfing eine Abordnung, erläuterte die Lebensmittelteuerung, machte sie mit den Bestrebungen zur Senkung der Preise bekannt, worauf die Abordnung die Demonstration über die Ausführungen des Ministers unterrichtete. Der Zug entfernte sich darauf ruhig.

### Konferenz in Olten.

Basel, 30. Juni. Am vergangenen Sonntag haben die schweizerischen Anhänger der dritten Internationale unter dem Vorsitz von Dr. Franz Betti (Basel) ihre erste Konferenz in Olten abgehalten, welche von 64 Anhängern aus allen Teilen der Schweiz besucht war. Die Konferenz beschäftigte sich neuerdings mit dem Anschluß der schweizerischen sozialdemokratischen Partei an die dritte Internationale. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in welcher sie erklärt, daß sie, unbeschadet, ob die Gesamtpartei der dritten Internationale beiträgt oder nicht, bereits im Sinne der dritten Internationale tätig ist, daß sie die Einladung zum Kongreß in Moskau annimmt und zwei Vertreter dazu entsendet. Die Konferenz ist sich darüber einig, daß die proletarische Bewegung nur dann zum Ziele führt, wenn sie von dem Willen der Massen getragen wird. Innerhalb der Partei führt die Parteiliste den Kampf für den Beitritt als einziges Mittel, sich für die proletarische Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats und die Räteorganisation zu bekämpfen. Die Konferenz hat eine Kommission eingesetzt, mit dem Auftrag, die grundsätzliche Auffassung zu

formulieren, in dem Sinne, daß die Linke unter allen Umständen am Eintritt in die dritte Internationale festhält, auch wenn ihr letzter Versuch, die Gesamtpartei für sich zu gewinnen, nicht zum Ziele führen sollte. Eine Monatschrift, die im Entstehen begriffen, soll für den Beitritt zur dritten Internationale werben.

### Eine polnische Niederlage.

Die seit einem Monat ständig angekündigte große bolschewistische Offensive, die dann jedesmal wieder demontiert wurde, scheint nunmehr tatsächlich auf der ganzen Linie eingestürzt zu haben. In dem am 1. Juli in Moskau veröffentlichten Bericht heißt es, daß infolge des Eingreifens der russischen Kavallerie in die vorber polnischen Linien folgendes Ergebnis erzielt sei:

- 1. Die 2. polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt;
- 2. die 3. polnische Armee in der Gegend von Kiew ist von ihren hinteren Verbindungen abgeschnitten;
- 3. die 6. polnische Armee in der Gegend von Polonsk hat in ihrer rechten Flanke die Stütze verloren und ihren Rückzug bereits begonnen.

Weiter sagt der Bericht: Ausgehend von dem Einbruch in die polnische Front hat die russische niederschmetternde Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die 3. polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, ihre Konvois, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug ist in Furcht ausgeartet. Ein Teil der Armee ist in unsere Hände gefallen, ein anderer Teil hat sich über die Heber und Wälder zerstreut. Dem Rest gelang es, über Konvois sich einen Rückzug zu bahnen. Jedenfalls existiert die 3. polnische Armee nicht mehr. Die ganze Gegend von Juto (?) ist von brennenden Konvois und Autos aller Arten erfüllt. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre, ungezählte Gewehre und Kanonen erbeutet. Die rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts.

### Der polnische Terror in der Ostmark.

Aus angeblich zuverlässiger Quelle wird verschiedenen Morgenblättern mitgeteilt, daß die Lage der Deutschen im Sudauer Gebiet in der Ostmark unter dem polnischen Terror von Tag zu Tag verzweifelter wird. Die durch die allgemeinen Einzelungen hervorgerufene Angst der Militärpflichtigen nehme täglich größeren Umfang an. Die Polen bestreben mit den schärfsten Maßnahmen die Abwanderung zu verhindern. An der Grenze seien Wachposten aufgestellt, deren Bestimmung der Befehl erteilt worden sei, alle Flüchtlinge nieder zu schießen.

### Die Diktatur der Franzosen in der Pfalz.

Paris, 30. Juni. Nach einer Temps-Nachricht hat die interalliierte Rheinabkommission in Koblenz beschlossen, den Regierungspräsidenten der Pfalz von Winterstein die Rückkehr in die Pfalz als einfacher Privatmann zu gestatten, jedoch sei ihm unterlag worden, im Bezirke von Speyer Wohnung zu nehmen und er müsse die Verpflichtung übernehmen, daß er sich an keiner Bewegung beteiligen würde, die die öffentliche Ordnung stören könnte.

### Monarchische Antriebe in der Schweiz.

Das Züricher „Volkrecht“ bringt interessante Enthüllungen über die monarchistischen Antriebe in der Schweiz zur Vorbereitung eines Monarchistenkongresses in Desterreich. Es zählt alle die Namen der früheren österreichischen Politiker auf, die sich zur Zeit in der Schweiz aufhalten, die monarchistische Bewegung für Desterreich vorzubereiten. Diese Vorbereitungen sind bereits so weit gediehen, daß der Zustand in aller nächster Zeit zu erwarten ist. In engem Zusammenhang mit dieser österreichischen Bewegung steht die Hohenoller Bewegung, die basiert auf der Wiederherstellung der Hohenoller Herrschaft und der Verhinderung von Desterreich mit Deutschland. (Soweit hat die schweizerische Bundesamtschaft immer ein scharfes Auge auf jede Bewegung und politische Tätigkeit von Ausländern, wenn es sich um Arbeiter handelt und ist mit der Ausweisung „schädlicher“ Ausländer sehr schnell bei der Hand. Wer hier nicht und hier man nicht, trotzdem diese österreichische Bewegung in aller Öffentlichkeit vor sich geht und sogar eine sehr weitverzweigte Propaganda, die Aencene centrale in Lugano unterhält, über, halt Bauer, das ist was anders!)

### Errichtung der päpstlichen Nuntiatur.

Berlin, 30. Juni. Der Reichspräsident empfing heute den erhen apostolischen Nuntius Mons. Rucelli zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Hierbei hielt der Nuntius eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Errichtung einer Reichsbotschaft beim hl. Stuhl in Rom und die Gründung einer apostolischen Nuntiatur in Berlin stellt ein Ereignis dar von historischer Bedeutung, in den Beziehungen zwischen dem apostolischen Stuhl und Deutschland und gleichzeitig eine Anerkennung des notwendigen und unpartheiischen Wirkens des hl. Vaters. Am dem deutschen Volke die handige Ruhe wieder zu geben, die für jeden Fortschritt notwendig ist, betrachtet seine Heiligkeit als von höchster Wichtigkeit die Eintracht zwischen den zwei Gewalten, der kirchlichen und der bürgerlichen. Aus diesem Grunde hat mit der allerhöchsten Oberhirte den hohen Auftrag erteilt, mit den zuständigen Autoritäten die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland von neuem zu regeln, wie es der heutigen Lage und den heutigen Bedürfnissen entspricht.

Der Reichspräsident erwiderte u. a.: Auch ich erlaube in der Errichtung der deutschen Botschaft am päpstlichen Stuhl und der päpstlichen Nuntiatur in Berlin Erregungserwartungen von weitestgehender Bedeutung. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß eine auf berechtigten Interessen beider Parteien beruhende befriedigende Einigung erzielt werden muß. Darüber hinaus liegen vor uns Aufgaben von größtem Ernst. Die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern müssen in dem Geiste des Friedens und des Vertrauens wieder aufgerichtet werden. Deutschland ist entschlossen, hieran mit allen Kräften mitzuarbeiten. Soll diese weltgeschichtliche Aufgabe gelöst werden, dann müssen sich alle Völker zu dem Gedanken der Nächstenliebe und der Versöhnung bekennen, deren unermüdbarer Verkünder Jesus der Papst gewesen ist. Ich heiße Eure Eminenz im Namen der Regierung der deutschen Republik als ersten apostolischen Nuntius von ganzem Herzen willkommen.

### Zum Abschluß der Budgetberatung im badischen Landtag.

gr. Mit der letzter Tage erfolgten Annahme des Unterrichts- budgetes sind nunmehr die Beratungen der badischen Einzelbudgets zu ihrem Ende gekommen. Es empfiehlt sich daher, einen Blick nach rückwärts auf die stattgehabten Beratungen zu werfen, die — ein Verdienst der badischen Regierung — nach langer Zeit erstmalig wieder der badischen Volksvertretung Gelegenheit gaben, zu einem umfassenden und spezialisierten regelmäßigen Budget Stellung zu nehmen, wenn zwar auch diesem vor allem wegen der Besoldungsordnung, bereits in den nächsten Tagen ein Nachtrag folgen dürfte. Nachdem erst im März gelegentlich des damaligen Nachtragses eine große Staatsbesitz statt fand, wurde diesmal von einer solchen abgesehen, so daß die Aussprache in der Hauptsache um die einzelnen Etats sich gruppierte. Im Interesse einer zweckmäßigen Geschäftsführung sowie einer stärkeren Wirkung nach außen wird es sich, wie wir schon beim Nachtragsbudget wünschten, empfehlen, wenn der Landtag zu der eroberten Gelegenheit früherer Jahre zurückkehrt, indem er an die frühzeitig erfolgende Vorlage des Budgets eine prinzipielle allgemeine Staatsbesitz anknüpft, dann den Titel Ministerium der Einzelbudgets jeweils mit einer eingehenden Aussprache über das betreffende Ressort verbindet und schließlich die Einzelanforderungen einer mehr detaillierten Behandlung unterzieht, als es heute der Fall ist. Wenn auch bei diesem mehr spezialisierten Verfahren die in einer nicht stabilisierten Situation unabweisbaren Nachträge nicht aussummen sind, so werden hierbei doch sowohl nötige Abstriche wie notwendige Erhöhungen eher zu ihrem Recht kommen und schließlich die öffentliche Meinung mehr über die einzelnen Teile des Budgets und seine Bedeutung aufgeklärt werden.

Die einstimmige Annahme sämtlicher Einzelbudgets setzt ebenso wie die Tatsache, daß prinzipielle Beanstandungen kaum vorkamen, daß die bad. Regierung auf dem rechten Weg ist, indem sie durch langsame stetige Arbeit den Staat in das Geleise eines organisatorischen Fortschritts hinüber zu leiten sucht, wobei sie im Interesse unseres Landes und unseres Volkes sowohl Anstrengungen wie Sturzbrüche zu umgehen sucht. Beim Ministerium des Innern sowie beim Ministerium für soziale Fürsorge (Arbeitsministerium) war es vor allem die sozialdemokratische Fraktion, die die Forderung nach andrerseits der Ernährung unseres Volkes an vorderer Stelle setzte, wobei sie als Gegenleistung für die Landwirte das Verlangen stellte, diese mit billigen Düngemitteln zu versehen. Im Zusammenhang damit steht der Ruf nach entschiedener Bekämpfung der Zuckerluse und die bringende Forderung nach erhöhter Kinder-, und Säuglingsfürsorge, wobei wir die bereits in die Wege geleitete Unterbringung zahlreicher Stabtkinder auf dem Demers als einen weiteren Schritt in dieser Richtung begrüßen. Scharf Front machte die sozialdemokratische Landtagsfraktion gegen die Angriffe auf den Aktiendontag, die, wie schon öfter, von mehr oder minder beachtlichen Vertretern des Unternehmertums erfolgten. In gleicher Weise kennzeichnete unsere Fraktion scharf die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien die für die gemeinnützigen Reichsanstalten (Arbeitersekretariate) angelegte Anforderung strichen, die dann auf Antrag unserer Fraktion an den Ausschuss zurückverwiesen wurde, ohne daß man seitdem etwas von der Sache gehört hat. Jedenfalls dürften diese beiden Tatsachen genügen, um zu zeigen, daß die Arbeiterfraktion alle Ursache hat, die Vorgänge im badischen Landtag genau zu verfolgen.

Anstandslos passierte das Justizministerium, woraus sich die erfreuliche Tatsache ergibt, daß — trotz allem — Recht und Gerechtigkeit eine feste Heimstätte haben. Nachdem der Wirkungsbereich des Ministeriums für militärische Angelegenheiten durch die Umbildung der Reichsverwaltung hinlänglich geworden ist, werden sich auch für das mit diesem Ministerium verbundene Staatsministerium und für das Amt des Staatspräsidenten, das in der gewissenhaften Eingabe seiner ruhigen, verständlichen Art Genosse Geis in würdigem Republikanismus leitet, die bereits in der Presse behandelten Aenderungen ergeben. Ähnliche Folgerungen ergeben sich für das bisherige Ministerium des Auswärtigen, dessen Geschäftsbereich infolge seiner Verkleinerung einem anderen Ministerium angegliedert wird, nachdem sein Hauptarbeitsfeld der badischen Besandtschaft in Berlin anheimfällt, der deshalb eine erhöhte Bedeutung beizumessen ist, so daß es wohl angebracht wäre, dieser Männer beizugeben, die Initiative und Schwung besitzen, um den politischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes voll gerecht zu werden.

In dieser Richtung liegt auch die in der Kammer und in der Presse stark betonte Notwendigkeit der Staatsvereinfachung, die uns vor allem unsere Finanzlage aufzwingt. Denn schließt auch die Abrechnung des Vorjahres mit einem Ueberschuß ab, so sind unsere finanziellen Zukunftsaussichten doch ganz und gar nicht rosig, da wir auf Gebeih und Verderb mit der finanziellen Situation des Reiches zusammenhängen, das durch die von Desterreich im Kriege inaugurierte Schuldenwirtschaft vor einem Abgrund steht. Hier können jedoch kein kleiner Plünder und keine kleintlichen Mittelchen in der Staatsvereinfachung helfen, sondern hier ist neben Sparmaß und Fleiß aller Volksteile ein in großzügiger Weise in die Wege geleiteter Neuaufbau des Reiches notwendig, wobei sowohl eine übertriebene Kleinstaaterei wie eine dem Breukentum eine Normdarstellung gebende Zentralisation entschieden abzulehnen sind. Getreu der Entwicklung des deutschen Volkes verlangen wir einen Reichsaufbau, der unter zweckmäßigster Zusammenfassung der nationalen Kräfte die kulturelle Eigenart, das wirtschaftliche Können und die politische Tradition der einzelnen Länder im vollen Maße in Rechnung setzt. Einen Schritt in dieser Richtung würden wir in einer härteren Ventilation des allmählich in alle Parteirichtungen härter eindringenden Gedanken der Schaffung eines föderalen Staates mit Baden, Württemberg, Pfalz und Hessen im Rahmen des Reiches erblicken. Dieser bereits in der letzten Staatsberatung aufgeworfene Gedanke drang, jetzt bereits etwas schärfer prononciert, auch in die diesmaligen Budgetberatungen, was wir als einen erfreulichen Fortschritt begrüßen.

ten, wobei wir nur wünschen, daß er in der Presse das Echo findet, das er verdient. Wenn sich auch dieser Umwälzungen nicht in Sand und Nebel auflösen lassen, so ist es immerhin von Vorteil, wenn die Bevölkerung auf die Bedeutung der Frage immer wieder hingewiesen wird.

Die schärfsten Debatten rief das Unterrichtsbudget hervor, ohne daß hierbei das Unterrichtswesen irgendwie auf seine Rechnung kam. Wäre man den Deutschland zugrunde richtenden Tatsachen Geist nicht zu sehr gewöhnt, so müßte man heulen angesichts der Tatsache, daß die Unterrichtsdebatte fast reißlos ausgefüllt war von der Frage, ob die Technische Hochschule einen bedeutenden jüdischen Einfluss berufen darf oder nicht. Und dies nachdem — ganz gleich wie man sonst zur Judenfrage steht — von jüdischen Denkern und Forschern der Vergangenheit abgesehen, jüdische Naturwissenschaftler wie Curie, Haber und Einstein gerade in jüngster Zeit zum Ruhme und zum Nutzen deutscher Wissenschaft Unvergleichliches geleistet haben. Wahrlich, das deutsche Volk macht sich den Weg zum Wiederaufstieg leicht. Statt in der Unterrichtsdebatte auf Wege zu sinnen, um die Erziehung unserer Jugend auf neue Wege zu weisen, kreiert sich die boshafte Volkspartei drei Tage lang um die Judenfrage, trägt dem Volk einseitig die großen Verdienste der Juden und den menschlichen Fortschritt und um das deutsche Volk zu verblenden, ebensowenig wie sich allerdings die Schwächen zahlreicher Juden gegenüber dem von den herrschenden Klassen als Inkarnation der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sehr geliebten Schacherzelt verbergen lassen, wobei aber, anscheinend mit der Gut alttestamentarischen Prophezeiung, gerade den Heiden der Juden weitere Bannerträger jener großen Menschheitsideen einzuweisen, die diese von der Reaktion verherrlichte kapitalistische Wirtschaftsförderung durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung und Weltanschauung ersetzen soll.

Trotz diesem völlig negativen Abschluß der Budgetberatung sind wir jedoch Optimisten genug, auf einen baldigen, wenn auch mühseligen Wiederaufstieg des deutschen Volkes und unseres baltischen Landes zu hoffen, nachdem uns die Unerfahrenheit des jüngerlichen preussischen Militarismus ins tiefste baltische und allgemeine Elend führte. Trotz allem glauben wir, daß es der Zusammenfassung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte unseres Landes gelingt, in weiterer staatspolitischer Arbeit unser Land und unser Volk in friedlicher, völkerverständlicher Arbeit einer wahrhaften Wohlfahrt entgegenzuführen — wobei allerdings die Reife des Volkes ein schnelleres oder langsames Tempo bestimmen wird.

### Politische Uebersicht.

#### Das „System Stinnes“.

Stinnes ist Kapitalist. Er besitzt ungeheure Produktionsmittel, Bergwerke, Fabriken, Werften, Schiffe usw. Zu dieser rein materiellen Macht fügt er sich eine geistige. Er hat über sechs Zeitungen aufgekauft. Als geschickter Geschäftsmann sagt er sich, der größte Teil der Arbeiterklasse, sicher aber der radikalste, schöpft seine geistige Nahrung aus bürgerlichen Tagesblättern, besitze ich diese, so müssen sie schreiben, wie ich es haben will. Der Besitzer großer Privateigentums führt also den Kampf um die bestehende Gesellschaftsordnung mit kalter Berechnung. Die Stimmung der Arbeiterklasse beeinflusst ihn wenig. Darin ist Stinnes nicht der Name eines beliebigen Kapitalisten, darin ist er System; ist er das Programm des Kapitalismus.

Die politische Neuordnung hat der Arbeit gegenüber dem Kapital etwas mehr Geltung verschafft. So gering dieser Fortschritt ist, liegt er doch den Kapitalisten schwer im Magen. Freilich eine sofortige Rückwärtsbewegung der Verfassung wäre gewagt. Aber wozu bestrebt das Kapital seine Presse? Eine planmäßige, fugefähige Bearbeitung der Massen durch diese Presse wird die Arbeiter bald davon überzeugen, daß der Sozialismus eine unbrauchbare Einrichtung ist. Zu welchen Geistesprodukten die Volksschreiber des Kapitalismus fähig sind, hat uns ja der vergangene Wahlkampf zur Genüge gezeigt. Neben einem groß angelegten Stimmenspiel war es der kapitalistischen Presse darum zu tun, den Sozialismus in Mißkredit zu bringen. — Lüge, Verleumdung, Entstellung — kein Mittel war dem „System Stinnes“ zu schlecht im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Hierzu nur ein Beispiel: Die Stimmenspartei — Deutsche Volkspartei — gab einen Wählerbogen heraus, „Der Sozialismus in Dichtung und Wahrheit, frei nach Bebel und dem sozialistischen Programm!“ Nach diesem Flugblatt sind die „sozialistischen Verheißungen“: Familienfürsorge; Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Berufsausbildung und der Verpflegung in den Schulen; Glück der Menschen im Eigenheim; Abkürzung usw. „Dichtung“. Demgegenüber ist Wahrheit: Unerföhrliche Preise für Lebensmittel, Kleider, Gebrauchsgüter; Wucherpreise und Schulgeld steigen nachsinnig; das Wohnungsamt wird belagert von einer ob-

dachlosen Menge; schwarze Franzosen erschienen in Frankfurt deutsche Männer und Frauen. An all diesem Elend ist die Sozialdemokratie schuld! Das letzte Bild zeigt den Hügel, unter dem das sozialistische Deutschland begraben ist und sagt dem Wähler: „Wilst Du mit begraben sein, wähle sozialdemokratisch!“

Nun ist jedem halbwegs denkfähigen Menschen klar, daß die traurigen Verhältnisse die Folgen des Krieges sind. Ungezählte Millionen von Arbeitsträgern haben jahrelang an der Zerstörung von Gütern gearbeitet. Das ist die logische Erklärung der grenzenlosen Verarmung der Völker. Wir halten nun die Vertreter des Systems Stinnes nicht für so dumm, daß sie diese Einsicht nicht ebenfugot besäßen und können uns deshalb das satanische Lächeln des Verfassers jener Aufzählung vorstellen. Erschreckend ist, daß noch eine große Masse der Wähler auf jede Partei hereinfällt, die, wenn auch ohne eine Spur von innerer Daseinsberechtigung, recht viel Geld für die Wahlpropaganda aufwenden kann. Für uns ergibt sich hieraus die Lehre, daß die Elemente zur Durchführung unserer Ideen noch nicht in hinreichendem Maße vorhanden sind. Schaffen wir sie! Zeigen wir der Masse das System Stinnes als Produktion des absoluten Nulwertes, dann wird die kommende Wahl uns unserem Ziele näher bringen.

#### Wichtig für abstimmungs-berechtigte Ost- und Westpreußen!

Man schreibt uns: Die Volksabstimmung für die Abstimmungsbezirke Ost- und Westpreußens findet am 11. Juli d. J. statt. Eine Beteiligung möglichst sämtlicher abstimmungsberechtigter Deutschen liegt im dringenden nationalen Interesse. Für die Abstimmungsberechtigten vermittelt der deutsche Schulbund in Berlin NW. 62, Schloß Bellevue, und seine im ganzen Reich errichteten Zweigstellen freie Reise und freie Gebührensicherung. Für Personen, die an ihrem Geburtsorte nicht von Verwandten aufgenommen werden können, wird auf Wunsch unentgeltliche Verpflegung und Unterkunft beschafft. Entsprechende Anträge sind zu richten an den in Ostpreußen Abstimmungsberechtigten an die Bezirksstelle Allenstein des ostpreussischen Heimatsdienstes, Abtlg. für Volksabstimmung in Carlshof bei Marienburg, von den in Westpreußen Abstimmungsberechtigten an den ostpreussischen Heimatsdienst, Abtlg. für Volksabstimmung in Westpreußen in Elbing.

#### Die neuen Diäten für Reichstagsmitglieder.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Reichstagsmitglieder angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 M festgesetzt.

#### Ströbel ausgeschlossen!

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat der Steglitzer Unabhängige Verein sein Mitglied Ströbel, ehemaliger „Vorwärts“-Redakteur, unabhängiger Landtagsabgeordneter und Volksbeauftragter für Preußen, aus der Partei ausgeschlossen. Grund: Die scharfe kritische Stellungnahme Ströbels gegen die „Politik“ der Unabhängigen, hauptsächlich sein Eintreten für die Demokratie und für eine Koalition mit der bürgerlichen Linken.

#### „Unser Kronprinz bei der Wahl.“

Die bayrischen Monarchisten leisten sich ein eigenes Presseorgan, die Wochenschrift „Bayrischer Königshof“, von dem nun schon 17 Nummern vorliegen. Ein Herr E. Mahner-Koch in München ist der Redakteur. Wir wollen unsere Leser mit einer Kostprobe erfreuen und entnehmen der Nr. 17 folgende Notiz:

#### Unser Kronprinz bei der Wahl.

Kronprinz Rupprecht hat seiner Wahlpolitik als guter Staatsbürger in Vorschauweisen Genüge geleistet; er hat dort im Schulhaus, wo sich das Wahllokal befand, seinen Wahlzettel abgegeben. Bürgermeister Aulherer als Vorsitzender nahm den Zettel in Empfang. Der hohe Wähler wurde vom Wahlausschuss in würdiger Weise empfangen. In vorausgegangenen Monaten der Republik wird zwischen „hohen“ und „niedrigen“ Wählern in Bayern also noch unterschieden. „Unser Kronprinz“ wird in der Republik „in würdiger Weise“ empfangen, was darauf schließen läßt, daß der Bürgermeister unwürdig ist, im Freistaat eine Gemeindeverwaltung zu leiten.

#### Die Rückkehr deutscher Wehrmänner in die Schweiz.

Berlin, 30. Juni. In einigen deutschen Zeitungen wurde darüber Klage geführt, daß deutsche Wehrmänner, die vor dem Krieges zum Teil lange Jahre in der Schweiz ansässig waren,

von den Schweizer Behörden die Einreise-Erlaubnis zur Rückkehr in die Schweiz nicht erhalten, nachdem sie den Krieg auf deutscher Seite mitgemacht haben.

Wie wir hierzu von zuständigen deutscher Seite erfahren, steht die Schweizer Bundesregierung den Einreise-Gesuchen der deutschen Wehrleute durchaus nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Lediglich wirtschaftliche Gründe haben die Schweizer Behörden bisher genötigt, in der Bewilligung derartiger Gesuche Maß zu halten. Es ist aber zu hoffen, daß in Zukunft ein größeres Entgegenkommen gezeigt werden könne. Auf Veranlassung der Schweizer Bundesregierung ist sämtlichen auf die Einreise wartenden Wehrleuten nahe gelegt worden, neue Zulassungsgesuche einzureichen, deren schnelle und wohlwollende Erledigung zugesagt worden ist. Tatsächlich hat der Kragenatz der genehmigten Gesuche in letzter Zeit vielfach zugenommen. Die von den Wehrleuten erhobenen Wünsche sind hiernach, so verständlich sie vom Standpunkt der Ausgeschlossen sein mögen, tatsächlich nicht begründet und nur geeignet, der Bundesregierung, die wesentlich von dem guten Willen der Kantonalregierungen abhängig ist, ihre wohlwollende Stellungnahme zu erschweren.

### Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 30. Juni.

#### 56. öffentliche Sitzung.

Präsident Kayser eröffnet die Sitzung um 3.45 Uhr. Abg. Wittemann (Zent.) berichtet über den Gesetzentwurf zur Restrukturierung der Stadtgemeinde Sulzburg von dem Amts- und Amtsgerichtsbezirk Wülheim und zur Zuweisung der Stadtgemeinde Sulzburg zum Amts- und Amtsgerichtsbezirk Staufen. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfs.

Es folgt eine Auseinandersetzung über die Zuteilung der Bezirke, an der sich beteiligen die Abg. Schneider (Zent.), Glodner (Dem.), Dr. Schöfer (Zent.), Karl (D.-M.), Minister Niemmele, der darauf hinweist, daß hier parteipolitische Gesichtspunkte keine Rolle spielen. Abg. Weismann (Soz.), der die längst fällige Vorlage lebhaft begrüßt, indem er gleichzeitig auf die Schwierigkeiten einer gerechten Zuteilung bei Eingemeindungen hinweist, Abg. Marum (Soz.), der die Eingemeindungen des Zentrums in Verbindung bringt mit der Tatsache, daß von dem nach Wülheim zuzuteilenden Bezirken einer ein Sozialdemokrat und einer ein Demokrat ist. (Beifall.)

In der folgenden Abstimmung wird der § 2, der die aus Sulzburg in den Bezirksrat gewählten Mitglieder bis zur nächsten Wahl dem Bezirksrat in Staufen zuweist, gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Der ganze Gesetzentwurf wird angenommen, wobei das Gesetz mit dem 15. August in Kraft treten soll.

Abg. Wittemann (Zent.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Zulassung von Referendaren zur Stellvertretung von Amtsrichtern, Staatsanwältigen, Notaren und Grundbuchbeamten. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfs. Nach Bemerkungen des Abg. Dr. Glodner (Dem.), der auf den Bürokratismus des Justizministeriums wegen der Nichtabnahme von Referendarprüfungen im Jahre 1914 hinweist, Ministerialdirektor Dr. Bernauer, Justizminister Trunt, der betont, daß er für die Nichtabnahme der damaligen Prüfungen nicht verantwortlich ist und daß das Ministerium aus dienstlichen Erwägungen von drei Examinas absteht, wenn auch alles geschieht, um den kriegsteilnehmenden Referendaren entgegenzukommen, Abg. Jürg (Dem.), wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

#### Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte.

Abg. Dr. Löff (Soz.) berichtet über den Antrag Marx-Löff (Soz.) u. Gen. die Regierung möge im Reichstag dafür eintreten, daß die Zuständigkeit der Gemeindegerichte von 80 M auf 300 M erhöht wird. Die Kommission stellt fest, daß man allgemein mit der Einrichtung der Gemeindegerichte zufrieden ist. Die Mehrheit der Kommission meinte, daß der jetzigen amtserhöhten Zuständigkeit am besten eine gemeindegewaltige Zuständigkeit von 120 M entspreche, da den Gemeindegerichten die richterliche Unabhängigkeit fehle, weshalb sie einen diesbezüglichen Antrag stellt.

Abg. Marx-Löff (Soz.) begründet seinen Antrag auf Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte auf 300 M mit dem Hinweis auf den gestunkenen Geldwert. Wenn man den heutigen Geldwert berücksichtigt, muß man unserem Antrag zustimmen. Auch Württemberg hat nunmehr die Differenzierung fallen gelassen und eine einheitliche Höchstgrenze festgesetzt. Die Einwirkung des verfallenen Geldwertes der Gemeindegerichte wirkt günstig auf zahlreiche Vergleiche. Die Eingemeindungen mit der nicht genügenden Unabhängigkeit der Richter und ließ beständig kölnisches Wasser bringen. Nikolaus Petrovitch las ihm die Zeitung vor und Fenitscha bediente ihn wie gewöhnlich. Sie brachte ihm Suppe, Limonade, weiche Eier, Tee usw.; aber ein geheimer Schreck bemächtigte sich ihrer jedesmal, wenn sie in sein Zimmer trat. Der unerwartete Streich Pauls hatte alle im Hause in Schrecken gejagt, ganz besonders aber Fenitscha. Profitsch war der einzige, der mit kaltem Blute davon sprach; er sagte, auch seiner Zeit hätten die Herren Gelleute sich in dieser Weise geschlagen, aber nur Aristokrat gegen Aristokrat und nicht mit solchen hergelassenen Burischen. Derartige Himmel ließen sie, wenn sie unerschämmt wurden, im Pferdestalle durchdrücken.

Im Gewissen hatte sich Fenitscha so aut wie nichts vorzuwerfen; aber sie fühlte sich sehr gequält, wenn sie an die wahre Ursache des Streites dachte; und zudem sah sie Paul Petrovitch mit so seltsamen Mienen an... so daß sie selbst, wenn sie ihm den Rücken gemeldet hatte, keine Augen schloß. Sie magerte ab infolge dieser beständigen inneren Aufregung und das machte sie wie alle Frauen ihre Alters nur noch schöner. Einmal — es war um die Morgenzeit — fühlte Paul sich so wohl, daß er das Bett mit dem Sofa vertauschte. Sein Bruder kam, um zu fragen, wie es ihm gehe und ging dann sofort wieder hinaus, um sich auf die Dreisitze zu verlegen. Fenitscha brachte eine Tasse Tee, stellte sie auf den Tisch und wollte sich wieder entfernen. Aber Paul Petrovitch hielt sie zurück.

„Warum eilen Sie so schnell wieder fort, Fedosja Nikolajewna?“ begann er; „haben Sie denn so viel zu tun?“

„Nein... ja... Ich muß da unten den Tee einschicken.“

„Das wird Dunjatscha statt Ihrer besorgen; leisten Sie einem vereinten Patienten ein wenig Gesellschaft. Apropos, ich habe Ihnen etwas zu sagen.“

(Fortsetzung folgt.)

### Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjef.

Nikolaus Petrovitch antwortete nicht und wunderte sich innerlich über die Fähigkeit alter Gefühle im Menschenherzen. „Wie das immer wieder auf die Oberfläche kommt!“ dachte er.

„Ach, wie ich dies nichtige Wesen liebe!“ rief Paul Petrovitch mit klager Stimme, indem er die Hände unter den Kopf legte. „Ich werde nie dulden, daß ein Unberühmter sich erlaube, sie zu berühren...“ murmelte er einige Augenblicke später.

Nikolaus Petrovitch begrüßte sich mit einem Seufzer; er ahnte nicht, wenn die Worte galten.

Am folgenden Tage kam Basaroff gegen acht Uhr zu ihm. Er hatte bereits eingepackt und seine sämtlichen Frösche, Zinsetten und Vögel in Freiheit gesetzt.

„Sie kommen Abschied zu nehmen?“ sagte Nikolaus Petrovitch, indem er aufstand, um ihm entgegen zu gehen.

„Ja.“

„Ich begreife Sie und lasse Ihnen volle Gerechtigkeit widerfahren. Mein armer Bruder war ohne Zweifel im Unrecht; nun, er ist ja auch dafür bestraft worden. Er hat mir selbst versichert, daß er Sie in die Unmöglichkeit gebracht, anders zu handeln, als Sie wirklich gehandelt haben. Ich bin überzeugt, daß es Ihnen unmöglich war, das Duell zu vermeiden, welches... welches sich bis zu einem gewissen Grade schon aus dem beständigen Antagonismus Ihrer gegenseitigen Ansichten erklärt.“

Nikolaus Petrovitch verwirrte sich in seinen Worten. Hartnäckig und zu sehr ein Freund veralteter Ideen... Gott sei Dank, daß es noch so abgelaufen ist. Uebrigens habe ich alle erforderlichen Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß kein Geschrei aus der Sache gemacht wird... Ich werde Ihnen für jeden Fall meine Adresse zurückschicken, damit Sie wissen, wo ich zu finden bin, wenn aus der Geschichte etwas entstehen sollte.“ bemerkte Basaroff gleichgültig.

„Ich will hoffen, daß die Sache glatt abläuft, Eugen Wajitsch... Ich bebaure sehr, daß Ihre Anwesenheit in meinem Hause ein solches... einen solchen Abschluß gefunden. Es ist mir das um so schmerzlicher, als Arfadi...“

„Ich werde ihn wahrscheinlich wiedersehen“, bemerkte Basaroff, dem jede Art von „Erklärung oder Aufklärung“ stets ein Gefühl von Ungebuld verursachte; „sollte es anders kommen, so bitte ich Sie, ihn von mir zu grüßen und ihm mein Bedauern auszudrücken.“

„Und auch ich bitte Sie...“ antwortete Nikolaus Petrovitch mit einer Verbeugung; aber Basaroff wartete das Ende der Phrase nicht ab und ging hinaus.

Als Paul Petrovitch hörte, daß Basaroff abreisen wollte, drückte er den Wunsch aus, ihn zu sehen und ihm die Hand zu drücken. Aber auch jetzt blieb Basaroff kalt wie Eis; er begriff, daß Paul Petrovitch den Sophistzügen spielen wollte. Von Fenitscha konnte er nicht Abschied nehmen; er mußte sich darauf beschränken, ihr aus dem Fenster einen Blick zuzuwenden. Sie zeigte ein trauriges Gesicht. „Wer weiß, ob sie sich die Sache nicht zu sehr zu Herzen nimmt“, dachte er bei sich. „Nun, sie wird sich schon wieder zu trösten wissen.“

Peter dagegen geriet in eine solche Nüchternung, daß er an Basaroffs Schulter gelehnt weinte, bis dieser ihn durch die Frage beruhigte, ob seine Augen nicht in feuchtem Boden ständen? Und Dunjatscha war, um ihre Aufregung zu verbergen, genötigt, in das Mädchen zu schlüpfen. Der Urheber all dieser Schmerzen stieg kaltblütig in die Telega, steckte sich eine Zigarre an und als er vier Werst weiter bei einer Wendung des Weges zum letztenmal das kirjanowische Gehöft erblickte, wandte er aus und murmelte zwischen den Zähnen: „Verfluchte Krautjunker!“ und hüllte sich in seinen Mantel.

Mit Paul Petrovitch besserte es sich rasch, aber er mußte eine ganze Woche das Bett hüten. Er ertrug seine „Gefangenschaft“, wie er es nannte, mit ziemlicher Geduld. Indes widmete er den größten Teil seiner Zeit der Toilette

ter ha...  
und S...  
bleiben...  
men i...  
Gemein...  
großer...  
Rarig...  
nicht...  
gericht...  
doch n...  
hängig...  
ung de...  
hätte i...  
dem A...  
mission...  
folgte...  
daß m...  
geschlag...  
imstand...  
Vergleic...  
trages...  
Zu...  
der Z...  
vom S...  
Gemein...  
war, m...  
Be...  
Kommit...  
W...  
eine r...  
De...  
meinbe...  
Stimm...  
auf Gr...  
auf 12...  
Di...  
burg...  
in zwei...  
Ab...  
das Ge...  
tützge...  
bürger...  
hufstaf...  
W...  
ablieh...  
Reichs...  
ich in...  
notwend...  
füße der...  
schließen...  
gegeben...  
m o o...  
führt...  
Reich...  
W...  
Mittel...  
Zu...  
bienen...  
Ionnle...  
W...  
in eine...  
irag u...  
W...  
das im...  
den Ve...  
n u n...  
übung...  
nach d...  
werden...  
par? Je...  
auch i...  
allerdin...  
— Ab...  
legung...  
treter...  
arenis...  
Sommer...  
W...  
auf m...  
Frankl...  
ordnun...  
E...  
frag...  
S...  
W...  
ordnun...  
D...  
D...  
G...  
G...  
M...  
Z...  
M...  
abgele...  
verbän...  
Heber...  
den Ji...  
aufgeb...  
D...  
der W...  
erust...  
Verbes...  
auf 30...  
ds. 38...  
Monat...  
den Ve...  
erreich...  
Di...  
den de...  
haben...  
Wertel...  
idnen

ter haben daneben. Die Sondergerichte, wie Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, müssen ausgebaut und erhalten bleiben. Sie haben sich bewährt, vor allem, weil das Laien- element hier überwiegt. Mit der Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte auf 300 M würde den Rinderbewertern ein großer Dienst getan.

Abg. Schöpsle (D.-Ntl.) stimmt den Ausführungen des Abg. Marxhoff zu und wird für den Antrag stimmen.

Justizminister Trunk hält eine Erhöhung auf 300 M für nicht gut gerechtfertigt, da sonst Streitfragen vor Gemeindegerichten behandelt werden müßten, denen manche Bürgermeister doch nicht ganz gewachsen sind. Auch ist die Frage der Unabhängigkeit der Richter nicht außer acht zu lassen. Eine Erhöhung der gemeindegewaltigen Zuständigkeit auf 120 M hätte im Reichsrat Aussicht auf Annahme; eine Erhöhung auf 300 M hätte diese Aussicht nicht.

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.): Keine Fraktion wird dem Antrag Marxhoff nicht zustimmen, sie wird für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Marxhoff (Soz.) weist auf die rasch hintereinander erfolgten Erhöhungen der Zuständigkeit der Amtsgerichte hin, so daß man bei den Gemeindegerichten ruhig auf die von ihm vorgeschlagene Höhe gehen könnte. Die Bürgermeister sind wohl imstande, diese Fragen zu erledigen, zumal sie gemeistert durch Vergleiche ebnen. Auch würden durch Annahme unseres Antrages die Amtsgerichte sehr entlastet werden.

Justizminister Trunk weist darauf hin, daß die Erhöhung der Tätigkeit der Gemeindegerichte eine Abwälzung der Kosten vom Staat auf die Gemeinden bedeutet.

Abg. Schöpsle (D.-Ntl.) betont, daß im letzten Winter ein Gemeindegericht nicht einmal für zwei Kaulwurfsstiele zuständig war, weshalb ihre Zuständigkeit erhöht werden sollte.

Berichterstatter Abg. Wittmann (Zentr.) bittet es bei dem Kommissionsantrag zu belassen.

Abg. Arnold (Soz.) weist auf die Geldentwertung hin, die eine erhöhte gemeindegewaltige Zuständigkeit notwendig mache.

Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der gemeindegewaltigen Zuständigkeit auf 300 M wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. West (Zentr.) und Abg. Schöpsle (D.-Ntl.) abgelehnt. — Der Ausschussantrag auf Erhöhung der gemeindegewaltigen Zuständigkeit von 60 M auf 120 M wird einstimmig angenommen.

Die Befehle über die Verteilung der Stadteingemeinde Sulzburg und über die Zulassung von Referendaren werden in zweiter Lesung angenommen.

Abg. Seubert (Zentr.) begründet seine Interpellation über das Geschäftsgeld und die hohen Gewinne der Spirituszentrale, wobei er auf die Feststellungen des Offenburger Prozesses hinweist. Wie weit ist die Badische Landwirtschaftskammer hieran mitbeteiligt?

Minister Kemmle erklärt, daß die Badische Regierung es ablehnt, verantwortlich gemacht zu werden für Vorgänge, die Reichsorganen betreffen. Die Beantwortung der Anfrage schloß sich in die Länge, weil Rückfragen beim Reichsfinanzminister notwendig waren. Unsere Feststellungen ergaben: Die Preise für den Branntwein waren je nach dem Verwendungsweck verschieden. An Rinderbewertern wurde er sogar unter Preis abgegeben. Die Gewinne wurden der Reichsbrauereimonopolverwaltung, also der Reichsbrauerei, zugeführt. Durch die Verkäufe an Heeresbrauereien wurden dem Reich nicht unerhebliche Beträge zugeführt.

Abg. Seubert (Zentr.) bittet dem Justizminister nähere Mitteilungen über den Offenburger Prozeß.

Justizminister Trunk bedauert, dem Abg. Seubert nicht dienen zu können, da er aus der Tagesordnung nicht ersehen konnte, daß die betreffenden Akten zugänglich sind.

Abg. Seubert (Zentr.) bittet die Fortsetzung dieser Frage in einer späteren Sitzung vorzunehmen. — Dieser Antrag wird angenommen.

Abg. Schell (Zentr.) berichtet über den Antrag Red (Dem.), das im Hardwald befindliche Wild in einem abgrenzten Bezirk zu sammeln. Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrags. Ein weiterer Antrag Red, die Ausübung der Jagd im Hardwald öffentlich zu verpachten, soll nach dem Beschluß des Ausschusses empfehlend überwiesen werden. — Abg. Red (Dem.): Der historisch gewordene Wildpark soll auch im Volksstaat nicht verschwinden, sondern wenn auch im verfeinerten Maßstab erhalten bleiben. Zurzeit ist allerdings die Neuschaffung eines Wildparks nicht möglich. — Abg. Duffner (Zentr.) hält die heutige Zeit nicht für Anlegung eines Wildparks geeignet. — Vom Regierungsvorsteher wird auf die Schwierigkeit der Anlegung eines abgegrenzten Bezirkes für einen Wildpark hingewiesen. — Die Kommissionsanträge werden angenommen.

Abg. Kaufs (Soz.) bittet, den sozialdemokratischen Antrag auf wesentliche Erhöhung der Bezüge der Invaliden, Kranken-, Alters- und Waisenrente auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Eingegangen ist eine sozialdemokratische Anfrage über neuerliche Verschärfungen an der Schweizer Grenze, wie sie bei der schon gemeldeten Verschärfung von 24 Pferden herbeigetragen ist.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. — Schluß der Sitzung: 6.50 Uhr.

### Badische Politik.

#### Die Milchversorgung in Baden.

Die „Karlsruher Zeitung“ berichtet: „Unter der Einwirkung der Maul- und Klauenseuche, des Sammelns von Milch und des Widerstandes eines Teiles der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Milchablieferung, ist die Milchversorgung nach wie vor nicht als besonders rosig zu bezeichnen. Von den Ueberflussherdebeständen wurden an die städtischen Kommunalverbände abgeliefert:

Im Monat Januar 121 017 Liter, d. i. 52,9 Proz. der Sollmenge, die sich aus der verordnungsmäßigen Umlegung der Milchablieferungsquote ergibt.

Im Februar wurden 180 434 Liter, d. i. 52,6 Proz. im März wurden 108 677 Liter, d. i. 48,2 Proz. im April wurden 101 693 Liter, d. i. 44,8 Proz. im Mai wurden 119 600 Liter, d. i. 52,7 Proz.

abgeliefert. Dazu kommen noch die in den Bedarfskommunalverbänden selbst aufgebrauchten Mengen Milch und die an Heberflussherden anfallende Magermilch. Sämtlich wurden hierbei im Mai 25 810 Liter und Magermilch 9454 Liter aufgebracht.

Dieses Ergebnis ist um so weniger erfreulich, als die Zahl der Milchkuhe trotz der durch die Maul- und Klauenseuche verursachten Abganges nicht abgenommen, sondern eine leichte Verbesserung erfahren hat. Sie belief sich am 1. Juni 1919 auf 303 522, am 1. März 1920 auf 304 395 und am 1. Juni 20, 38. auf 306 746. Wie sich diese Zahlen in den nächsten Monaten entwickeln werden, darauf darf man im Hinblick auf den Versuch, die Preisfrage der Zwangswirtschaft für Fleisch zu erledigen, außerordentlich gespannt sein.

Diese Mitteilung bestätigt, was wir immer und immer bei den Bauern neu bewilligten höheren Milchpreisen gesagt haben: es fällt den Bauern gar nicht ein, trotz ihrer und ihrer Vertreter Versprechungen, mehr und besser zu liefern, wenn ihnen die geforderten Preise bewilligt werden. Mit diesen

Versprechungen und Zusicherungen wurde die Bevölkerung jedesmal zu drücken und zu bewegen versucht, den höheren Preis zu zahlen. Und das Resultat war jedesmal: kein Tropfen mehr Milch, neue Enttäuschung und Erbitterung. Bei einzelnen Bauern — leider sind es nur einzelne — scheint ja nun die Vernunft und die Einsicht einzufahren, daß es so nicht weiter gehen kann; die Entschlüsse einiger Bauern im Bezirk Neffelsch, die neue Milchpreissteigerung nicht mitzumachen, erwecken da erfreuliche Aussichten.

Mit gutem Beispiel geht da Württemberg voran. Dort ist eine Bewegung von Landwirten im Gange, die auf eine Herabsetzung des Milchpreises hinarbeitet. In zahlreichen Städten finden in dieser Tagen Besprechungen der Vertreter der Landwirtschaft und Verbraucher über den Milchpreis statt. So wurden im Oberamt Gerabronn nach Rücksprache mit dem Ausschuss des landwirtschaftlichen Bezirksvereins für den Oberamtsbezirk folgende Milchpreise festgesetzt: Genusmilch 85 A ab Stall, frei ins Haus 1 M, beim Versand nach außerhalb des Bezirks ab Sammelstelle 1.05 M, für Verarbeitungsmilch 85 A. Butterpreis: 10 und 20 M, Molkebutter 20 A mehr. Fernlich soll der Milchpreis im Oberamt Mergentheim im gereizt werden. Vier Gemeinden haben die Preise des Oberamts Gerabronn bereits anerkannt. In Aalen haben die Erzeuger benachbarter Orte von sich aus einen Milchpreis von 1 A anerkannt. In Rottenburg will der Gemeindeverband auf der gleichen Grundlage mit den Landwirten verhandeln.

Im Gegensatz zu den einschichtigen Sämlingen und den paar bodischen „weihen haben“ verlangen in Baden und in der Pfalz einige besonders „edel denkende“ Bauernvereine 2 M für den Liter als Stallpreis. Im Frühjahr als der Zentner für den 80 und 85 M kostete, verkaufte sie den Liter noch mit zirka 50 A. Heute, wo das Heu und die übrigen Futtermittel im Preise ganz erheblich zuzugewandten sind und es wieder Günterfütter gibt, insoweit man eine Milchpreisbewegung von einem Teil der Bauernschaft, die jedes Verständnis für die Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Stadt vernünftig ist. Die ständige Kaufkraft der arbeitenden Massen in den Industriezentren läßt diese Verhältnisse kalt. Es wäre zu wünschen, daß in Baden ähnliche Besprechungen mit einschichtigen Vertretern der Landwirtschaft posten der Gemeindefunktionen und Ernährungsbehörden gepflogen würden.

Quartalschluß! In einem Tobjahnfall höchsten Grades läßt die „Sozialistische Republik“ in ihrer geistigen Nummer ihre Wit an uns aus. Unsere Mitteilung, die wir der Mannheimer unabhängigen „Zukunft“ entnommen hatten, daß das Blattchen in den letzten Tagen liege, hat seinen „Schriftleiter“ ganz aus dem Häuschen gebracht. „Beschimpfungen“ und „Verleumdungen“ und „Lügen“, „Konfuzensmandate“ sind es, wenn wir weitergeben, was das Mannheimer unabhängige Blatt mitgeteilt hatte. Und sogar J. H. Herrmann Polak, höchstselbst bairer und beleidigt, „mit Ribben Edmuns überzittelt“, weil er den Karlsruhern den Spatz macht, ein so launiges Gasspiel hier zu geben. In zwei Nummern des „Volkstums“ am Samstag und Montag wird kein Wort gegen Stinnes und Konforten geschrieben, so hat Seine Widrigkeit entsetzt, „aber dafür sind die ganzen Zeitungen mit Beschimpfungen gegen die Unabhängigen, die „Soz. Rep.“ und den Genossen Bolak ausgefüllt.“ Noch schlimmer: Der Volksturm arbeitet planmäßig daran, den Akt in der Arbeiterzeitung zu vertuschen, nur um einen Posten in der Regierung oder als unbedeutender Stabsoffizier zu erhalten. Und als „Glor“ der ganzen Attraktion: Ein Schreiben eines führenden Reichssozialisten, der sich mit der Politik des „Volkst.“ nicht einverstanden erklärt!

Es ist etwas viel auf einmal, was die „Sozialistische Republik“ ihren eubdigen und harmlosen Lesern da vorsetzt. Die Hitze muß in dem Brauschwäger Hinterkopf bedeutende Bewältigungen angerichtet haben. Tragisch nehmen wir ja den Anfall nicht; auch andere Leute werden beim Quartalsende wild, die nicht so große Sorgen wie die „Soz. Republik“ haben. Da gibt's nur ein Heilmittel: Viel kalt Wasser!

Die Reichsgemeindeverwaltungen in Breiten. Nach den Neuwahlen in dem Kirchenauswahlverfahren von den 80 Ehren des Kirchenauswahles 35 auf die Sozialisten, 15 auf die Liberalen und 10 auf die Sozialdemokraten. Am Kirchenauswahlverfahren erhalten die Sozialisten 7, die Liberalen 3 und die Sozialdemokraten 2 Sitze.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Juni.

Haus und Tribünen sind sehr schwach besetzt. Am Ministerisch: Bizekanzler und Reichskommissar Dr. Heinze.

Nach Verlesung der Interpellationen, darunter jener des Abgeordneten Anlauf (D.-Ntl.) über die Verlesung der zu Folge von Organen der äußersten Linken Vorbereitungen für den Generalkrieg getroffen werden, der sich nicht nur auf die lebenswichtigen Betriebe erstreckt, sondern auch unter Anwendung von Gewalt durchgeführt werden soll, erklärt Bizekanzler Dr. Heinze, daß die Regierung die Interpellationen innerhalb der gesetzmäßigen Frist bezug in den nächsten Tagen beantwortet werde.

Nach Berichterstattung des Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) nimmt das Haus den Antrag Debeour, die Strafe für den Abg. Wittmoos aufzuheben, an. Desgleichen wird der Antrag der Deutsch-Nationalen auf einseitige Einstellung des Verkehrs gegen den Red, von den Kerloff angenommen.

In der fortgesetzten

Beratung über die Regierungserklärung

nimmt Abg. Trimborn (Ztr.) das Wort und führt u. a. aus: Die Weimarer Verfassung muß die unüberwindbare Grundlage unseres Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sein. Er bedauert, daß die Reichssozialisten sich zurückgezogen hätten. Er danke der Volkspartei, daß sie diesmal nicht absteigt getreten sei. Das Verhalten der Reichssozialisten könne er nicht imponierend nennen. Das Zentrum wolle die Regierungsbasis nach Möglichkeit verbreitern. Den Anschluß an die Deutsch-Nationalen habe seine Partei nicht mitmachen wollen; denn das würde den Eindruck gemacht haben, daß eine Regierung ohne und gegen Demokratie und Arbeiter zustande kommen sollte. Man müsse bei jeder Regierungsbildung darauf sehen, wie die nicht am Steuerenden Parteien sich zu ihr stellen. Seine Partei habe sich niemals ihrer vaterländischen Pflicht entzogen. So auch nicht in dieser schweren Stunde der Not. Dem Reichskanzler gebeten, daß er das Zentrum zu unaufrichtigem Danke verbunden. Er sei das Opfer seines Pflichtbewußtseins. Redner kommt auf den sorgenvollen Lebensweg nach Spa zu sprechen. Ansprüche, die wir nicht erfüllen können, müsse ein entschlossenes Nein entgegengesetzt werden. Von den Programmpunkten des neuen Kabinetts sei der über die Förderung von Ruhe und Ordnung, auch im Seere und in der Bauernschaft, der wichtigste. Die Herabminderung unserer Seeres auf 100 000 Mann sei ein Ding der Unmöglichkeit. Ausgaben und Einnahmen müssen in Einklang gebracht werden. Die Steuererträge müssen ernüchtert durchgeführt werden. Es sei vollkommene Arbeit zu schaffen und dafür zu sorgen, daß noch mehr gearbeitet werde als bisher. Vielleicht sei es möglich, eine Kommission zur Herbeiführung von Ersparnissen auch in der Verwaltung, zu bilden. Was die soziale Reform

anbelangt, so muß diese weiter ausgebaut werden. Eine Befreiung der Zwangswirtschaft sei nicht möglich. Er appelliere an die Landwirtschaft, ihren Lieferungsverpflichtungen zu entsprechen. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck unbedingter Zustimmung zu den Regierungsüberlegungen und vollsten Vertrauens zu der neuen Regierung.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) gibt zunächst eine Uebersicht über die Ereignisse bei der Kabinettsbildung, bedauert, daß man sich, statt dem Ergebnis der Wahlen zu entsprechen, an der Parteilosigkeit der Sieger gemeldet habe, als die Sozialdemokratie nicht mittat. Er bemerkte dem Abg. Dr. Herz gegenüber, daß eine Kabinettsbildung mit der Rechten allein eine Unmöglichkeit sei. Ein Uebereinkommen mit den Deutsch-Nationalen sei von seiner Partei nirgends abgeschlossen worden. Er kommt sodann auf die Sozialisierung zu sprechen und meint, noch wichtiger als diese sei die Hebung der Produktion. Der Abbau der Zwangswirtschaft sei noch lange nicht das freie Spiel der Kräfte wie früher; denn uns sei durch das Fehlen des internationalen Güterauslauges die Kraft genommen. Die ganze Frage des Wiederaufbaus sei überhaupt internationale und nicht bloß eine deutsche Angelegenheit. Wenn Deutschland zusammenbräche, werde auch die übrige Welt mit in den Strudel hineingezogen werden. Der Reichswirtschaftsrat, der heute zusammengetreten sei, habe diesen Wiederaufbau vorzubereiten. Die Unterschrift in Spa werde schwerwiegender sein als die von Versailles. Deshalb müsse genau erwoogen werden, was unterschrieben werden solle. Die sozialen Erschütterungen seien auch für die Sieger nicht minder schwer als für uns. Zwingt uns Spa zum Volksweltismus, so breche das Unheil auch über den Sieger herein. Er verlangt Unterstützung der Auslandsdeutschen, die ihr Vermögen im Ausland verloren hätten und jetzt dorthin zurückkehren wollten, desgleichen der Staatslosen und der noch im feindlichen Ausland befindlichen Kriegsangehörigen. In den besetzten Gebieten des Ostens, Westens und in Westpreußen erhebt er gegen die Schikanierungen der deutschen Einwohner Protest. Er schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wolle sich nicht zu sehr in die Parteipolitik einlassen. Seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten. Sie habe das verstanden und sich zur Zurückziehung aus der Regierung entschlossen. Wenn sie sich schließlich doch noch an die Regierung angeschlossen habe, so habe ihr vaterländisches Pflichtgefühl daran die Schuld. Der Sozialdemokratie müsse er Vorwürfe machen, wiewohl er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Gemein bei Fuß habe. Redner ging zur Besprechung des Regierungsprogramms über und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett von Dauer sein werde. Er schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Dr. Heim (Vah. Volksp.) verlangt eine Bilanz der unterfälligen Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spa gehen. Uns lege man nur Laster auf, die uns wirtschaftlich ruinierten. Zur Hebung unserer Wirtschaftslage geschähe nichts. Schon jetzt hätten wir nicht genügend Kohlen, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Deshalb darf uns Oberstleuten nicht genommen werden. Frankreich vergibt, daß es uns nicht unter Druck halten kann, ohne sich selbst zu brüden. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Widerspruch lösen könne. Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Obstpreisen nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warnt vor der Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide nicht im Westen, sondern im Osten kaufen, wo die Valuta zu unseren Gunsten laute. Er bittet ferner, das steuerfreie Einkommensminimum zu erhöhen und warnt vor der zu großen Zentralisierung, die den ganzen Vertrieb unnütz verteuere. Zum Schluß bittet er die Parteien, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen.

Präsident Heide teilt mit, daß ein Antrag der Unabhängigen über die Verlesung der Reichsnot, wonach die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitze.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr nachmittags; Reichsnotetat. Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm. Schluß 6.45 Uhr.

### Unsere Schulden: 260 Milliarden.

Berlin, 30. Juni. Im Hauptauschuß des Reichstages gab der Verwaltung des Reichsfinanzministeriums Dr. Witt die Gesamtsumme des Reiches auf 260 Milliarden an.

### Aus der Partei.

ParteiSekretär gesucht! Die Sozialdemokratische Partei Badens sucht für das Parteisekretariat in Heidelberg einen Sekretär. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft, welche mit der Arbeiterbewegung durchwegs vertraut ist. Bewerbungen, denen eine Arbeit über die Aufgaben eines Parteisekretärs beizufügen ist, sind bis zum 10. Juli 1920 an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Georg Straßel, Mannheim, R 3, 14 II, einzureichen.

Forstheim. Sozialdem. Verein. Am Samstag, den 3. Juli, abends 6 Uhr, findet im Gasthaus zur „Linde“ eine Mitgliederversammlung statt, in der Gen. Funk-Karlsruhe über das Thema: „Die politische Lage im Reich“ sprechen wird. Vollzähliges Erscheinen der Parteigenossen wird erwartet. Bringt auch eure Frauen mit!

Naterwischheim, 29. Juni. Samstag, 3. Juli, abends halb 6 Uhr, findet im Gasthaus zur „Schwäne“ die monatliche Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

4. Kreis. Sonntag, den 4. Juli, finden Konferenzen statt: Für den Amtsbezirk Offenburg vorm. 8 1/2 Uhr in Offenburg im „Rundinger“, hinterer Saal. — Für den Amtsbezirk Rühl vorm. 9 1/2 Uhr in Rühl zur „Vereinigung“, Karlsruhe. — Für die Riedorte nachm. 2 Uhr in der „Krone“ in Ottenheim. — Für den Amtsbezirk Wolfach nachm. 1 1/2 Uhr in Gutach im „Löwen“.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Gründung des Konsumvereins Oberkirch.

Am Montag, 21. Juni, wurde in Oberkirch eine Filiale des Bezirkskonsumvereins Baden-Baden eröffnet. Einem dringenden Wunsch der Mehrzahl unserer Einwohner ist damit entsprochen. Am ersten Tage schon zeigte sich eine bemerkliche Wirkung auf die vor der Eröffnung der Filiale bei den anderen Geschäften üblich gewordenen Preise. Adäffasse ging von 30 M auf 28 M, Reis von 10.50 M auf 8 M das Pfund. Die Herrschaften werden sich bequemen müssen, noch weiter herunter zu gehen, und zwar nicht nur mit Adäffasse und Reis! Opaferfioden werden im Konsumverein 80 A billiger verkauft wie in den anderen Geschäften. — Daß die Genossenschaft hier am Plage preisregulierend eingeeicht, läßt eine gute Wirkung auf alle Preise aus. Dies sollten alle Arbeiter und Angestellten von Oberkirch und Umgebung sehr einsehen und ohne Rücksicht auf das Geschick der privaten Geschäfte dem Bezirkskonsumverein Baden-Baden, Filiale Oberkirch, als Mitglied beitreten.



haben, und daß die Steuer vom Mieter zu tragen ist. Es soll auch den Gemeinden die Erhebung von Zuschlägen für bestimmte Fälle gestattet werden. — Für die demnächst mit den Verbänden der Gemeindearbeiter zu führenden Verhandlungen über Lohn- und Tariffragen wird ein Interkommunales Ausschuss aus 5 Mitgliedern gebildet und zu den einzelnen Anträgen der Arbeitnehmervertreter eine Stellung genommen. — Die Arbeitshilfe B. m. B. G., die die Gewerkschaft der Unterhaltungsabteilung des Landesvereins vom Roten Kreuz fortführen soll, tritt der Städteverband bei, und bezeichnet Karlsruhe zur Vertretung der Städte in der Gesellschaft. — Die Einführung von Erwerbsprüfungen für die städt. Beamten wird für notwendig bezeichnet. Entwürfe werden z. B. ausgearbeitet, zu denen später Stellung genommen werden soll. — Schulangelegenheiten, Fragen der Wirtschaft mit Lebensmittel und Bedarfsgegenständen, Gebührenordnung für das Verleihen an den Gemeindebüchereien, sowie Gesuche von Vereinen und Verbänden um Unterstützung fanden außerdem ihre Erledigung.

### Karlsruher Bürgerausschuß-Sitzung.

\* Karlsruhe, 30. Juni 1920.

Es herrscht „Großbetrieb“ zurzeit im Karlsruher Bürgerausschuß. Vor acht Tagen fand eine Sitzung der Stadtverordneten statt, gestern tagte die Versammlung schon wieder und auf übermorgens Mittwochs sind die Stadtverordneten wiederum zu einer Sitzung geladen. Es wird betonen, beschlossen, bewilligt, als ob der schönste Friedensbetrieb wäre! Rede auf Rede wird in die Welt hinaus gelassen und dabei ist doch die Wirklichkeit so trübe, so trostlos, daß niemand weiß, ob nicht in kürzester Zeit bereits der völlige Zusammenbruch eintreten wird. Beneidenswerter Optimismus, erfreulicher Arbeitseifer im Karlsruher Rathausaal.

Gestern waren 9 Vorlagen zu erledigen; an sich keine von großer Wichtigkeit. Aber mindestens 4 Stunden beraten, das ist Ehrenfache für unser „hohes Haus“, mag es sich auch um die geringfügigsten Dinge handeln! Da wird von den Demokraten die harmlose Nachtragsforderung von 71 000 M. für die Errichtung eines Sägewerks beantragt, um eine große Sozialfürsorge- und Mittelstandsdebatte zu entfesseln; wegen 71 000 M. leisten es sich die Herren — und Damen — in drei Fraktionen sich zu spalten; in Demokratien, die für die Vorlage sind, in solche, die dagegen sind, und in den Herrn Stadt. Lokomotivführer Hermann, der aus Spezialgründen dagegen ist. Alles für 71 000 M.! Und gar die Herren in abhängigen, die gestern ihren Ablehnungsantrag hatten — sie lebten „prinzipiell“ fast alles ab, was angefordert wurde —, die entwickelten aus der Umwandlung der Realschule in eine Oberrealschule Weltprobleme von geradezu weltgeschichtlicher Bedeutung. Einheitschule, materialistische Geschichtsauffassung, Religion und Schule, Kapitalismus, es dampfte der Saal förmlich vor Wissenschaft — 's kann auch Dunst gewesen sein! Das Zentrum nahm natürlich das unabhängige Kauderwelsch ernst und machte nützliche Gegenstände! Es war höchst interessant und langweilig, würden die nun glücklich zu ihrer Oberprima gekommenen Realschüler sagen!

Der übrige Teil der Vorlagen betraf die üblichen „Erdbühnen“, es wurden die Schwemmgeldgebühren „erhöht“, die Abzuggruben-Entleerung, die Straßenreinigung, die Gebühren für die Besitzer des Gewerbes und Kaufmannsgerichtes, des Mietvereinsamtes und des Unterwärtigenamtes für Erwerbslosenfürsorge und endlich erbielten auch unsere Stadtkasse 1000 M. „Aufbesserung“, statt 2000 M. erhalten sie jetzt 3000 M. Da das „Erhöhen“ zu den Gewohnheitsmäßigkeiten gehören, so ging diese Arbeit auch gestern glatt von hant; es wurde Alles bewilligt.

Um 4 Uhr eröffnet Oberbürgermeister Dr. Finter die Sitzung. Erschienen sind 70 Mitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden einige kleine Anfragen erledigt. Die erste, von der sozialdemokr. Fraktion gestellt, betrifft die Verbesserung mit Obst und Gemüse. Bürgermeister Dr. Ortmann teilt hierzu mit, daß die öffentliche Veranschaulichung dieses Erfinden und ein unmittelbarer Einkauf von Gemüse und Obst unter den heutigen Umständen nicht angängig sei. Die zweite Anfrage ist von den Demokraten und verlangt Auskunft über den Lebensmittelaufschlag durch die Stadt und über den Stand des hierzu bewilligten Antrags. Bürgermeister Dr. Ortmann erwähnt hierzu, daß

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Zum Aufbanden des Mannheimer Nationaltheaters ist der Direktor des Bodmer Stadttheaters Dr. Saladin Schmidt als Nachfolger Dr. Gagemanns vom Stadtrat auf drei Jahre gewählt worden. Der neue Mannheimer Intendant, der 36 Jahre alt ist, war früher einige Zeit Schauspielregisseur in Freiburg und gilt als künstlerisch wie organisatorisch begabter Theaterfachmann.

Ein festschafflicher Theaterabend wurde letzten Sonntag von dem Reichsstellbündnis für die Gassen- und Straßen-, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltet. Der Abend verlief in allen Teilen denkbar gut. Das Hauptinteresse der Besucher des dichtbesetzten Hoftheaters wurde den beiden Theaterkassen entgegengebracht, dem ersten „3 Nummerrolle“ und dem heiteren „Eubulch Oetischehwaasser“, die beide dank der vorzüglichen Darstellung ihre Wirkung nicht verfehlten. Die ehemaligen Mitglieder des festschafflichen Theaters in Straßburg: die Damen Wacker, E. Kung, J. Selig, sowie die Herren W. Wacker, K. Kung und J. Rothmeier, erwiesen sich als gewandte Schauspieler, die den Dialekt trefflich beherrschten. — In ununterbrochener Folge kam der gemischte Chor, der Violinsolist E. Ludwig mit gewandter Vogenführung und die flott spielende Hauskapelle zu Gehör. Der Dirigent des Chors, Herr Schilling, hatte die vorzüglichen Gesänge fleißig und sauber eingeübt, so daß der reiche und herliche Beifall, den gerade diese gemischten Chöre erhielten, dem berechtigt entsprach. Besonders reich war die rhythmisch straffe „Mühle im Fel.“

Zuquinten der Grenzspende gab der Verein Heimatfreier Ost- und Westpreußen im Kaiserhaus am Mittwoch einen bunten Abend, der seiner Kennezeichnung allerhand Ehre machte. Ein Prolog von Frau Stein (Verlin), von der Dichterin selbst gesprochen, leitete den Abend ein, der einen sehr anregenden Verlauf nahm. Von den zahlreichen recht geschmackvollen Einzeldarstellungen sei die feinschmeckende Sängerin Fel. von Scheffel hervorgehoben. Neben ihr die wirklich künstlerischen und in anderer wie innerer Beziehung vollendeten Tänze von Fel. Strick. Herr Hanspachmann Büttner erwies sich als wirkungsvoller Rezitator und eigenschaffender Sänger auf dem Gebiete der Tanzmusik. Die Herren Kuppelangsborn, eine Medesohn, hant wie der Abend, entzückte Langsaworträge. Eine Medesohn, hant wie der Abend, entzückte das Auge der Beschauenden und gab auch der Dichterin dieser saucen Anregung.

der Bestand an Waren sich auf 26 Mill. Reich auf 1. April belaufen habe, heute betrüge er noch 22 Mill. Reich. Wenn die Kreisfiskus anhölt, so bleibt ein Verlust unabweislich, aber ist nicht nennenswert. Eine weitere Anfrage von Gen. Schön betrifft die Gemeindefiskalstationen der Altbahn mit der Straßenbahn, wozu Bürgermeister Schneider betont, daß nur gegen den Mißbrauch der Karten vorgegangen werde. Es sind Verhandlungen im Gange zu dem Zweck, daß die Gemeindefiskalstationen nur noch für eine Strecke auf der Straßenbahn gelten sollen. Die letzte Anfrage, gestellt von Gen. Schwall, verlangt Auskunft über einen erstellten Neubau in Darglanden, wo der Besitzer für 2 Zimmer einen Mietzins von 1400 M. für 8 Zimmer 1800 M. mit Zustimmung des Wohnungsamtes verlangt. Bürgermeister Schneider antwortet, daß die Zustimmung nur eine vorläufige war und der Mietzins vom Wohnungsamt genehmigt werde, sobald die nötigen Unterlagen beigebracht sind.

Hierauf tritt das Kollegium in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt betrifft den

#### Nachtragskredit für die Tulla-Schule.

Die Vorlage verlangt zur Fertigstellung des Neubaus der Tulla-Schule einen Nachtragskredit in Höhe von 184 000 M., der aus Anlehensmitteln bestritten werden soll. Es handelt sich in der Hauptsache um den Fassadenputz, wodurch im Winter an Brennholz gespart werden kann.

Nach kurzer Debatte, in der Gen. Rieger bemängelt, daß der Bau nicht früher fertiggestellt wurde und damit Geld hätte erspart werden können, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

#### Nachtragskredit für das städtische Hobel- und Sägewerk.

Die Vorlage verlangt für Ueberdeckung der Kosten einschließlich der maschinellen Einrichtung 71 000 M., welcher Betrag aus dem Anlehensfond entnommen und diesem, unbeschadet einer raschen Tilgung aus den jährlichen Ueberschüssen des Werkes, innerhalb 10 Jahren aus Wirtschaftsmitteln wieder zugeführt werden soll.

Stadt. Hellerbach (Dem.) ist kein Freund des Regiebetriebes und gibt bekannt, daß ein Teil seiner Freunde für, der andere gegen die Vorlage ist. Für die sozialdemokr. Fraktion spricht Gen. Schön, der sich prinzipiell für den Regiebetrieb ausspricht. Jeder, der die Verhältnisse kennt, wußte, daß die feinerzeit bewilligten 41 000 M. nicht reichen könnten. Wir verlangen aber, daß gut Ordnung im Betrieb herrscht, so daß nicht die Regiebetriebe in Mißkredit kommt. — Bürgermeister Schneider geht jedoch auf die Vorlage näher ein und hebt die Wichtigkeit des Sägewerks im Interesse der Stadt hervor. — Stadtrat Beusch gibt Auskunft über die Rentabilität. Die Stadt habe voriges Jahr allein an den Neubauten 500 000 M. erspart. Das Sägewerk selbst rentiere sich nicht besonders, aber Holzhandel und Sägewerk zusammen rentieren sich gut. — Stadt. Weiß (D.M.) erklärt seine Gegnerschaft zur Vorlage. — Stadt. Bergentopf (U.S.P.) bemängelt, daß der bürokratische Geist vorherrschend sei, und der „Radmann“ nicht mehr gehört würde, denn das kostet der Stadt allein an den Maschinen 14 000 M. mehr. — Stadtrat Beusch erwidert, daß die vom Vorredner empfohlenen Maschinen ausgelieferte Kästen waren. Es haben Nachteile mitgewirkt. — Stadt. Fischer (Dem.) nimmt die kleinen Sägewerksbesitzer in Schutz und ist gegen jede Vorlage wie die des Sägewerks. — Stadt. Peter (Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage, ist aber gegen Erweiterungen solcher Betriebe. — Es sprechen noch die Stadtv. Sturm (Ztr.), Stadtrat Frey und Stadt. Gen. Schwall. Letzterer erinnert die Bürgerlichen daran, daß sie selbst die Stadt um Hilfe gerufen haben zur Beschaffung von Baustoffen. Der Zug der Zeit spricht für die kommunale Nutzung und für den Regiebetrieb. Die Politik der Sozialdemokratie kann auch den Kleinhandwerkern zugute. — Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen, wird die Vorlage angenommen.

#### Erhöhung der Schwemmgeldgebühren.

Die neue Fassung der Gebührenordnung, die von Bürgermeister Schneider begründet wird, lautet: „Die Gebühr beträgt jährlich 4 Prozent des gemäß § 20 der Wasserbezugordnung für die Berechnung des Wasserzuges festgestellten Mietwerts der Liegenschaft. Für Gebäude, für die ein Mietwert schwer feststellbar ist, insbesondere für Gebäude, die nicht Wohnzwecken dienen, sind an Stelle der in Absatz 1 genannten Gebührensätze feste Gebührensätze und zwar für jeden Quadratfuß 20 M. für jede Wohnfläche 20 M., bei Stallungen für je 1 bis 5 Ställe 20 M. zu erüchtigen.“ Heute beläuft sich der Aufwand für Reinigung und Spülung der Kanäle allein schon auf rund 240 000 M., derjenige für die Reinigung der Abwässer auf 200 000 M., so daß sich ein Gesamtbetrag in Höhe von 440 000 M. ergibt, der durch Erhebung von „Schwemmgeldern“ ersetzt werden muß.

Stadt. Dietrich (D.M.) erklärt seine Zustimmung zur Vorlage und tritt für die Hausbesitzer ein. — Stadt. Kruse (U.S.P.) lehnt die Vorlage ab. — Für die sozialdemokratische Fraktion erklärt Gen. Fischer die Zustimmung zur Vorlage, weil die Stadt einfach Geld braucht. Wir sehen schon voraus, daß Hausbesitzer, dessen Aborte nicht an die Schwemmanstalt angeschlossen, mit ihren Mietzins trotzdem in die Höhe gehoben werden mit der Benutzung der Schwemmgeldgebühren. Hier sollte die Stadt energisch entgegenzutreten. — Stadt. Devin (Dem.) hält ein Aufschlagen der Mieten für selbstverständlich. — Gen. Stumm hält eine Prüfung bei Erhöhung der Miete für notwendig, da hier ein Wucher im Häuserverkauf getrieben wird. Das Bürgerweitemamt sollte eine Erklärung in den Zeitungen veröffentlichen, daß nicht jeder Hausbesitzer ohne weiteres die Schwemmgeldgebühren an die Miete abwälzen dürfe. — Die Vorlage fand soeben Annahme.

#### Uebernahme der Abzuggrubenentleerung an die Stadt und Erlassung einer Gebührenordnung hierzu.

Aus der Begründung von Bürgermeister Schneider ist folgendes zu entnehmen: 1. Die Abzuggrubenentleerung im gesamten Stadtbezirk Karlsruhe, mit Ausnahme der Vororte Mimmheim, Müppur, Grünwinkel, Kimmheim und Darglanden, wird in Eigenbetrieb der Stadt übernommen und dem städt. Tiefbauamt übertragen. 2. Die hierzu notwendigen Liegenschaften, Fahrzeuge, Geräte und Ersatzteile werden von dem jetzigen Abzuggrubenbetriebe der Stadt übernommen. 3. Die der Firma Lipp u. Morlok in ihrem Abzuggrubenbetriebe seit dem 19. Juni 1919 bis zur Uebernahme des Betriebes durch die Stadt erwachsenen Verluste in Höhe von 101 000 M. werden der Firma Lipp u. Morlok durch die Stadt zurückerstattet. 4. Der Gesamtumfang in Höhe von 258 692 M. 41 Pf. und 379 000 M., soll aus Anlehensmitteln bestritten werden. — Die Stadt hat nun mit ihrem Verlangen den Betrieb übernommen. Stadt. Gen. Köpfer bedauert, daß die Stadt im allerungünstigsten Moment den Betrieb übernommen hat. Alle Häuser sollten an die Klavanlage angeschlossen werden, vielleicht könnte die Stadt durch Gewährung von Darlehen an die Hausbesitzer entgegenkommen. Der Betrieb auf dem Reutenhof sollte bald aufgenommen werden. — Stadt. Kruse (U.S.P.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. — Gen. Fischer wünscht, daß die übernommenen Arbeiter auch in den städt. Dienst aufgenommen werden sollen. — Stadt. Sturm spricht über den neu zu schaffenden Niederbetrieb, ebenso C. A. Dr. Finter und Stadt. Müller (Dem.). Die Vorlage wurde gegen eine Stimme angenommen.

#### Gebührenordnung für die Straßenreinigung.

Die nachträgliche Vorlage sieht folgendes vor: Die Pflicht zur regelmäßigen Reinigung der Ortsstraßen in den Stadtteilen Mimmheim, Darglanden, Grünwinkel, Kimmheim und Müppur wird den Anliegern auferlegt. Zur Veranschaulichung der Kosten der Straßenreinigung im übrigen Stadtgebiet ist eine Gebührenordnung erlassen.

Bürgermeister Schneider begründet die Vorlage mit der finanziellen Notlage der Stadt.

Stadt. Gen. Börner erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion, die jedoch nur ungera dafür sei. Der Ausfall der Umlage zwinge aber dazu. Die Ueberlassung der Reinigung an die Anlieger in den Vororten schaffe die Verhältnisse, wie sie vor deren Eingemeindung bestanden. Das Tiefbauamt muß vor allem Ababepässe schaffen, damit sich die Schuttkaufen nicht um die Orte häufen. — Stadt. Gen. Schön warnt vor dem Sparen bei diesen Fragen. So sehen wir sehr selten einen Sprengwagen. Die Vororte haben allerdings von der städtischen Reinigung wenig gespürt. Neuestens unangenehm sei auch die Staubentwicklung auf der Kreisstraße bei Müppur durch Autos. — Stadt. Weingelmann (Dem.) regt an, daß gewisse Gebäudefür, die bei ihrem Betriebe durch Auf und Abladen von Waren größere Unreinlichkeit verursachen, den Platz vor dem Haus selbst reinigen. — Stadt. Weingelmann (Dem.) tritt für die Vorlage ein und regt an, daß auch die Autos zu der Reinigung der Straßen herangezogen werden, deren Reklametzettel oft die Straßen sehr verunreinigen. — Stadt. Braun (Ztr.) bittet, daß Mimmheim von der Vorrichtung der Selbstreinigung ausgeschlossen werde, denn er sei nicht mehr als Vorort zu bezeichnen. — Bürgermeister Schneider verweist gegenüber dem Vorwurf des Mißschritts, daß auch hier die Stadt in Notlage handle. — Die Vorlage wird gegen eine Stimme angenommen.

#### Wettbewerb für Neubauten des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes, Kaiser-Allee Nr. 11.

Die Vorlage lautet: 1. Die Preise des st. Bürgerausschußvorlage Nr. 64 vom 19. August 1918 genehmigten Wettbewerbs für Neubauten des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes, Kaiser-Allee Nr. 11, werden um je 500 M. und die Entschädigungen jeweils auf das Doppelte erhöht.

Die Forderung wird ohne Diskussion einstimmig angenommen.

#### Rechtsaufwandsentschädigung der Besitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes, des Mietvereinsamtes und Wohnungsamtes und des Unterwärtigenamtes für Erwerbslosenfürsorge.

In Abänderung der bisherigen Regelung erhalten mit Wirkung vom 1. April d. J. an für die Teilnahme an den Sitzungen des Gewerbegerichtes, Kaufmannsgerichtes, Mietvereinsamtes, Wohnungsamtes und Unterwärtigenamtes des Bürgerausschußes für die Erwerbslosenfürsorge: a) alle Besitzer eine Aufwandsentschädigung von 10 M., b) die Besitzer, die nicht Beamte im öffentlichen Dienste sind, außerdem eine Verdienstaufwandsentschädigung von je 5 M. für jede angefangene Stunde der Sitzungsdauer, höchstens aber von 30 Mark im ganzen.

Stadt. Dietrich erklärt namens des Stadtv. Vorstandes, daß dieser sich der städt. Vorlage nicht ganz anschließen könne. Er stelle den Abänderungsantrag, daß jeder Besitzer 20 M. erhalten und 5 M. für jede angefangene Stunde, höchstens aber 40 M. — C. A. Dr. Finter wehrt sich gegen diesen Abänderungsantrag. Die Arbeit der Besitzer sei eine ehrenamtliche und es könne und dürfe deshalb nur der Verdienstaufschlag gewährt werden.

Stadt. Gen. Schön: Die Gebühr soll keine Vergütung sein, sondern eine Entschädigung. Die Arbeiterbesitzer, die 5 M. erhalten und 10 M. Entschädigung, erhalten auch damit noch nicht, was sie an Lohnausfall usw. haben, aber sie bescheiden sich damit. Auch die anderen Besitzer sollten diesen Realismus aufbringen. — Stadt. Kruse (U.S.P.) bittet, anstelle des Höchstbetrags von 30 M., 40 M. zu setzen. — Stadt. Sturm (Ztr.) bittet bei dem Satz von 15 M. bei der Aufwandsentschädigung zu bleiben, wie bisher. — Stadt. Trautmann (Dem.) tritt für die Forderung des Stadtv. Vorstandes ein und verlangt den Nachweis des Lohnausfalls. — Der Antrag des Stadtv. Vorstandes wird abgelehnt. — Der Antrag Trautmann, Nachweis des Lohnausfalls, wird angenommen.

#### Dienstaufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats.

Nach der Vorlage soll die Dienstaufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. April 1920 an von jährlich 2000 M. auf jährlich 3000 M. erhöht werden. Zur Begründung führt Oberbürgermeister Dr. Finter an: Die Dienstaufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats ist mit Bürgerausschußbeschlüssen vom 28. Februar (Vorlage Nr. 23) mit Wirkung vom 1. Januar ds. J. an auf jährlich 2000 M. festgesetzt worden. Unterdessen ist die allgemeine Verdienstmessung weiter in erheblichem Maße fortgeschritten, so daß es angemessen erscheint, die erwähnte Vergütung auf jährlich 3000 M. zu erhöhen.

Der Stadtv. Vorstand beantragt, daß Anfangstermin der Erhöhung der 1. Juli sein soll. — Ein weiterer Antrag verlangt, daß 2000 M. bestehen bleiben sollen, jedoch ein 50prozentiger Teuerungszulage gewährt werde.

Stadt. Gen. Rothweiler begründet diese Anträge des Stadtv. Vorstandes. — Auch die U.S.P. hat zwei Anträge eingebracht, die aber nicht zur Abstimmung gelangen können, da sie nicht zur Vorlage gehören. Sie betreffen Aufwandsentschädigungen für Stadtverordnete, freien Eintritt in Festhalle und Stadtpark bei Konzerten usw.

Stadt. Zell (Ztr.) nimmt namens der Zentrumsfraktion der Vorlage zu. — Stadt. Kruse (U.S.P.) spricht ebenfalls für die Vorlage und spricht sich weiterhin zu den Anträgen seiner Fraktion. — C. A. Dr. Finter betont nochmals, daß dem U.S.P. kein Initiativrecht zustehe, er könne also nur Anträge zu ihm unterbreiten. Vorlagen stellen. Sachlich steht auch das Gesetz dem Antrag entgegen, denn nach der Gemeindeordnung dürfen Stadtv. Vorworte keinen Gehalt oder Gebühr erhalten. — Der Antrag des Stadtrats wird mit großer Mehrheit angenommen, womit die Anträge des Stadtv. Vorstandes erledigt sind.

#### Der Ausbau der Realschule zur Oberrealschule.

Die Realschule soll zu einer Oberrealschule ausgebaut werden. Mit dem Ministerium des Kultus und Unterrichts werden Verhandlungen der für die Realschule geltenden Satzungen vereinbart. — Stadt. Niedinger (U.S.P.) erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne, solange die Schule kapitalistisch sei und dort Religionsunterricht gegeben werde. — Stadt. Köpfer (Dem.) weist darauf hin, daß gerade die Realschule von vielen Arbeitern besucht werde. — Stadt. Stumpf (Ztr.) polemisiert gegen den unabhängigen Redner. — Stadt. Gen. Finter erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zur Vorlage. Eine Oberrealschule sollte ja genügen für Karlsruhe. Aber die Konsequenz der unabhängigen Ablehnung sei, daß 21 junge Leute genötigt würden, ihr Studium aufzugeben, da sie in der Oberrealschule nicht untergebracht werden könnten, die schon überfüllt sei. Eine weitere Schule sei auch nicht nötig, wenn unserm Grundgedanken der Begabten endlich stattgegeben würde. — Stadt. Kruse spricht gegen Stadt. Stumpf und über die Religionsfrage. — Obmann Frey wendet sich gegen Kruse.

Stadt. Dr. Bernauer meint, die Frage des Religionsunterrichtes werde in Berlin entschieden und nicht hier, es sei also zwecklos, hier darüber zu sprechen. Des weiteren wendet er sich gegen die Einheitsfrage. — Die Vorlage wird gegen die Stimmen der U.S.P. angenommen. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Aus der Wirt.

\* Karlsruhe, 1. Juli.

Vertreterversammlung des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Unter Punkt 1 Mitteilungen verlas der Vorsitzende Genosse Hof ein Schreiben des Allg. D. G. B. betreffend die Zusammenfassung der örtlichen Betriebsräte. Zu dem in Berlin zum Zwecke der einheitlichen Durchführung dieser Organisation vom Allg. D. G. B. und der 'Afa' nach Berlin einberufenen Kongress wird Kollege Krebs entsandt. Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß die Zimmerer und Malerbetriebe im Lohnkampf stehen. Nach den gestrigen Ausführungen eines Vertreters der Zimmerer haben die Arbeitgeber, welche also in vollem Umfang für die Folgen der Arbeitsunterbrechung verantwortlich zu machen sind. Bei den Möbeltransporteuren haben die Unternehmer die in Aussicht genommene Verhandlungen im letzten Moment unzulässig gemacht. Auf ein Rundschreiben der Bürgerlichen Frauenvereine, in welchem diese auch die freigewerkschaftlichen Frauenorganisationen zum Beitritt in eine Arbeitsgemeinschaft einladen, wird beschlossen, die Einladung abzulehnen, da die freigewerkschaftlich organisierten Frauenorganisationen ihren Platz im A. D. G. B. hätten. Die gleitenden Löhne sind vom A. D. G. B. abgelehnt worden. Dessen Leitung ist bereits für die Wiltberung der Gärten beim Steuerabzug an den Löhnen und Gehältern tätig gewesen, ebenso der hiesige Vorstand beim badischen Finanzminister. Die sich anschließende Aussprache war sehr reger und es wurden hierbei auch die Gehaltsverhältnisse der Kinoangestellten besprochen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, worin von der Stadtverwaltung, bezw. vom Arbeitsministerium verlangt wird, daß sofort Arbeitsgelegenheit geschaffen werde für die immer wachsende Zahl der Erwerbslosen, welche mit ihren Unterhaltungen nicht auskommen können. Kollege Krieg wies auf die 'Volksfürsorge' hin. Der Punkt Schuhherlauf rief eine längere Debatte hervor. Es wurde allgemein anerkannt, daß der Ortsausschuß durch diese Maßnahme die Schuhpreise gewaltig heruntergedrückt habe und dafür die Anerkennung der Arbeiterschaft verdiene. Die Kommission soll nun auch noch mit der Stadtverwaltung in Verhandlungen eintreten zwecks Übernahme der städt. Bekleidungsstelle. Weitere Beschlüsse betrafen die Beitragserhöhung auf 50 Pfg. für männliche und 30 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder und die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs auf 1. Oktober. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung Stellungnahme zu den Lebensmitteln- und Obstpreisen. Es wurde beschlossen, von der badischen Regierung ein Ausfuhr- und Brennverbot und Nichtpreise zu fordern. Gegebenenfalls soll eine Demonstrationsversammlung veranstaltet werden.

Der vertragslose Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen beendet.

Durch vorläufiges Übereinkommen der freien Vereinigung badischer Krankenkassen mit der badischen Landeszentrale der badischen Ärzteorganisation wurde gestern ein vorläufiges Übereinkommen bis zum spätesten Ablauf eines Monatsvertrags für Baden getroffen, nach welchem der vertragslose Zustand mit dem heutigen Tage für beendet erklärt wird, sodas von heute an die Krankenkassenmitglieder wieder wie vor dem Konflikt behandelt werden.

Zum Zimmererstreik.

Das Ortskartell freier Angestelltenverbände, sowie der Bund der Poliere im Baugewerbe, leit uns auf den gestrigen Artikel 'Zum Zimmererstreik' folgendes mit: Wir halten es für sehr bedauerlich, daß eine Bruderorganisation solche schwerwiegende Anschuldigungen gegen Mitglieder von uns in aller Öffentlichkeit löslacht. Nütziger wäre es gewesen, der Zimmererverband hätte sich, bevor er an die Öffentlichkeit trat, zuerst event. telefonisch auf unserm Verbandsbüro über die Stellung der Poliere bezw. des Kartells zu diesem Streit erkundigt, dann hätte er erfahren, daß der Polierbund selbstverständlich eine geschlossene Solidarität mit dem Zimmerer hält. Wie liegt nun die Sache der Streikbrecherarbeit einiger Zimmererpoliere? Auch dem Zimmererverband muß bekannt sein, daß es bedauerlicherweise überall ab und zu noch ein räudiges Schaf gibt und wir können mit aller Offenheit erklären, daß dem betr. Zimmererpolier von unserer Organisation so der Kopf gewaschen wurde, daß er in alle Zukunft Streikarbeit recht gut von der feinsten untercheiden wird können. Von Unorganisierten übernehmen wir keine Verantwortung. Es wäre doch besser, wenn solche Klagen in Zukunft sofort bei der richtigen Stelle vorgebracht würden, anstatt durch die Zeitung den Weg der Verleumdung zu suchen. Das Ortskartell steht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß dem Kapital die geschlossene Einheitsfront aller Hand- und Kopfbetier gegenübergestellt werden muß, denn nur dann werden

wir die kommenden, gewiß nicht allzu leichten Wirtschaftskämpfe in Ehren bestehen können!

Mieter, Genossenschaftler, Angestellte, Beamte und Bauarbeiter aller Berufe heute abend 7 Uhr in der Festhalle Versammlung.

\* Juli. Mit dem Juli beginnt die zweite Hälfte des Jahres. Die Tage nehmen bereits merklich ab, die heißeste Zeit des Jahres, die Hundstage, beginnen in ihm, und zwar am 16. Sie enden am 26. August, sodas also die Hälfte des Monats in die Zeit fällt, die als besonders heiß gilt. Für den Landmann ist der Juli der Monat der Reue, weshalb sein deutscher Name Reumond lautet; im badischen Oberlande ist diese Bezeichnung in der Form Reue noch heute volkstümlich. Die offizielle Bezeichnung Juli geht auf die altgriechische Juli mens Jurid, d. h. Monat des Julius, des Cajus Julius Caesar, des großen Feldherrn, Staatsmannes und militärischen Schriftstellers. Bevor der Monat diesen Namen erhielt, hieß er Quinobis, d. h. der Fünfte, weil er im altgriechischen Kalender der fünfte war, da man damals das Jahr mit dem März begann. Die bekannteren Banernregeln lauten: Ohne Tau kein Regen, heißt im Juli allwegen. — Die ersten Birn bringt Margareth, drauf überall die Ernt angeht.

Der Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend findet ein Spaziergang statt. Zusammenkommen um 7 1/2 Uhr am Engländerplatz, Abmarsch um 7 3/4 Uhr. Es werden sich auch eine Anzahl älterer Parteigenossen an dem Spaziergang beteiligen, ebenso sind auch die Eltern zur Teilnahme eingeladen. Rückkunft gegen 10 Uhr. Die Jugendgenossinnen und -Genossen werden ersucht, sich pünktlich einzufinden.

\* Ein Protesttelegramm gegen die Erhöhung der Telephongebühren haben verschiedene Organisationen des Handels, des Gewerbes und der Industrie an den Reichsminister geschickt. Es wird darin die geplante Maßnahme als eine untragbare Belastung des Handels, der Industrie usw. hingestellt, die um so härter trifft, als sie in eine Zeit des Konjunkturrückgangs fällt.

Das Stadtgartenkonzert der 'Germania' am kommenden Freitag wird als 1. Sonderkonzert 'Deutsche Meister' zu Gehör bringen. Das Orchester ist für dieses Konzert bedeutend verstärkt. Ein sorgfältig ausgewähltes Programm verspricht den Stadtgartenbesuchern genussreiche Stunden.

Abchiedsfeier im Presseverein. Der Verein Karlsruher Presse veranstaltete gestern abend im Festsaal des 'Friedrichshofes' eine Abschiedsfeier für den von hier scheidenden Hauptredakteur der 'Bad. Presse', Herrn Albert Herzog. Welcher Verabschiedung der Scheidende in der literarischen Welt sich erfreuen durfte, bewies der Umstand, daß der geräumige Saal fast bis zum letzten Platz gefüllt war. Nach Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden Herrn Dees und musikalischen und gesanglichen Vorträgen namhafter Künstler des Landesleiters richteten eine lange Reihe Redner herzliche Worte an den Scheidenden, die alle der literarischen und künstlerischen Bedeutung des Scheidenden gerecht wurden. Es sprachen u. a. die Herren Hauptredakteur Ament, Minister Hummel, Oberbürgermeister Dr. Fintler, Juwelier Dr. Fuchs, Schauspieler Felix Baumhach, Romanredakteur Walter Blum und der Verleger Eiegarren. Nachdem letzten noch letztere Darstellungen ein, so daß der Abend in bester und anregender Weise verlief. Auch wir unterseits nehmen Veranlassung, dem Scheidenden, mit dem wir stets die besten persönlichen Beziehungen pflegten, unsere aufrichtigen Wünsche mitzugeben.

Internationale Sportwettkämpfe im Colosseum. Mit dem 1. Juli beginnt im Colosseum ein großer Ring- und Bogerswettkampf, der mit der Siegesprämie von 4000 M. und einem wertvollen Goldpokal für den ersten Preisträger ausgestattet ist. 14 Bewerber haben bis jetzt ihre Teilnahme angemeldet darunter namhafte Namen der Sportwelt. 'Kämpfer', der den Namen 'Albin-Hercules' mit Redi führt, fällt schon durch seinen mächtigen Körper auf. Er sowie v. d. Heud, der brillante Ringkampfchampion und Mittelgewichtmeister Deutschlands, sind geschickte Modelle erster Künstler für ihre Berufe. Grunewald und Serv. Christen dürften hiesigen Sportsleuten aus früheren Jahren noch bekannt sein. Letzterer war auch lange Jahre

Trainingspartner des leider so früh verstorbenen Deutschen Reichlers Heinrich Eberle. Auch erstklassige Boxkämpfe kommen zum Austrag. Deutschland nimmt es im Vozing bereits mit internationalen Größen auf, das beweisen die letzten großen Kämpfe in Berlin, wo sie Engländer und Italiener Schlappen holten! — Der Leiter der Sportwettkämpfe, Sportlehrer C. Fürst ist in Karlsruhe kein Unbekannter, kannte er doch 1907 in einer Ringkampfkonferenz hier den 2. Preis hinter Weltmeister S. Schwarz erringen. Ein neues glänzendes Varietee-Programm leitet die Sportwettkämpfe ein, welche gewiß nicht ihre Anziehungskraft ins Colosseum verfehlen werden.

Nahrungsmittelkontrolle. Im Monat Juni 1920 wurden durch die Nahrungsmittelpolizei 6375 Kannen Milch geprüft und 141 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet: 11 Proben als gewässert, 13 Proben als entrahmt und 5 Proben als fettarm bezw. geringwertig. Wegen Mischfälschung gelangten 15 Landwirte bezw. Landwirtsfrauen zur Anzeige. Ferner wurden folgende Nahrungsmittelproben zwecks Untersuchung erhoben und an die Lebensmittelprüfstation abgeliefert. Butter 3, Zucker 2, Margarine 1, Marmelade 2, Wurst 2, Rindfleisch 1 und Pferdefleisch 1.

Bekräftigte Bädermeister. Vom Schöffengericht wurden beurteilt: ein hiesiger Bädermeister zu einer Geldstrafe von 100 M., weil er Brot mit Mindestgewicht verkaufte und ein weiterer Bädermeister zur Geldstrafe von 80 M., weil er Kuchen bereite und verkaufte.

Sachbescheidigung. In verfloßener Nacht wurde durch unbekannt Täter an einem Laden der Karlsruher eine große Schaufensterscheibe im Werte von 4000 M. mutwilligerweise eingeschlagen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 1. Juli 1920.

Die über Süddeutschland gelegenen Aufwindel brachten gestern weitere Regenschauer, strichweise wiederholten sich die Gewitter. Die Temperaturen blieben um mehrere Grade niedriger als am vorhergegangenen Tage, überschritten aber in der Ebene immerhin 20 Grad. Inzwischen sind die Störungsgebiete ostwärts abgezogen, und von Westen her nachrückender hoher Druck verursacht heute früh bereits wieder heitzere und warmes Wetter.

Vorausichtige Witterung bis Freitag den 2. Juli nachts; Vorübergehend heiter, später wieder Gewitter, warm.

Letzte Nachrichten. Anschluß Koburgs an Bayern.

W. Erfurt. In der heutigen Schlußsitzung der Landesversammlung des Reichstages Koburg gab der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr namens der bayerischen Regierung der Freude Bayerns über den Anschluß Koburgs Ausdruck, worauf der Präsident die Auflösung des Landtags aussprach.

Die Lage in Italien.

W. Rom, 30. Juni. Der von einer Minderheit proklamierte Generalkrieg hat keinen Erfolg gehabt. Nachrichten aus Mailand, Genua und anderen größeren Städten, sowie aus Sizilien bestätigen, daß der Dienstag ruhig verlaufen ist. Im Verlaufe von Hausdurchsuchungen, die in Mantua und anderen Städten vorgenommen wurden, wurden bei zahlreichen Agitatoren und Anarchisten beträchtliche Geldsummen gefunden.

Schriftleitung: Georg Schöps, Verantwortlich: für Artikel, Politische Literatur und letzte Nachrichten Hermann Kestler für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Journalisten Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Verfassungen Josef Giese; für den Anzeigenteil Oskar Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins. Schifferinsel 250, gest. 15; Reßl 383, gest. 8; Maxau 406, gest. 2; Mannheim 400 Zentimeter.

Siehe Deine Kreuz-Spende für die Volksabstimmung dem Deutschen Schutzbund Annahmestelle: Volksfreund, Luthert. 24

Offener Brief.

An den Stadtschulrat der Landeshauptstadt

Herrn Dr. Paul.

Geehrter Herr Doktor!

Die Karlsruher Lehrerschaft hat unterm 28. April, wie Ihnen bekannt, eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet, die die Einführung der ungeteilten Unterrichtszeit an den hiesigen Volksschulen verlangt. Wie Ihnen weiter bekannt sein wird, hat der Stadtrat der Landeshauptstadt diese Eingabe abschlägig beschieden. Es heißt in der Begründung, die der Lehrerschaft von Herrn Bürgermeister Kleinschmidt unterm 17. Juni zugestellt wurde u. a.: 'Daß die Frage der Unterrichtszeit in erster Linie mit Rücksicht auf die Gesundheit der Schüler behandelt werden muß. Wir haben daher den Herrn Stadtschulrat um seine Äußerung ersucht; er kommt zu dem Ergebnis, daß der schulpflichtige Grund, welcher für die ungeteilte Unterrichtszeit spricht, nur für eine gutgenährte kräftige Jugend gilt. Bei dem jetzigen körperlichen Zustand unserer Volksschuljugend wäre eher an eine Öffnung desselben auf die erste Tageshälfte, nach ärztlicher Beobachtung fällt es vielen Kindern in allen Altersstufen schwer, 4-5 Stunden hintereinander dem Unterricht zu folgen. Für die Dauer der jetzigen Unterrichtszeit käme nach ärztlichem Urteil sogar eine weitgehende Beschränkung des Unterrichts um 1-2 Tagesstunden ernstlich in Frage.'

Bei dieser Sachlage muß die Rücksicht auf den Gesundheitszustand der Schulkinder eher gegen als für die ungeteilte Unterrichtszeit geltend gemacht werden.'

Herr Stadtschulrat! Ihr Gutachten also ist ausschlaggebend gewesen für die Ablehnung der durchgehenden Unterrichtszeit. Es liegt mir nun ferne, die schulärztlichen Gutachten der Städte Mannheim, Heidelberg, Pforzheim u. a. m., die dem Ihrigen so ziemlich entgegengekehrt sein müssen, da diese Städte die ungeteilte Unterrichtszeit eingeführt haben, zum Vergleich heranzuziehen; ich will auch von Äußerungen anderer Mediziner absehen; ich will auch nicht die alltägliche Erfahrung der Lehrer über Ihre fachgemäße Urteil stellen, die Erfahrung der Lehrer, die zu großer Mehrheit diese ist: daß es allerdings für die Schüler sowohl als für den

Lehrer sehr schwer ist, 4-5 Stunden nacheinander angestrengt im Unterricht tätig zu sein, und daß dies ohne größere Pauseneinlegung und entsprechende Verteilung der Unterrichtsarbeit zu getagezu unmöglich ist; daß aber bei einer solchen Unterrichtsgestaltung immerhin noch mehr für das Kind herauskommt, als wenn es in der Sommerhitze noch 2-3 Stunden nachmittags einem Unterrichte folgen soll. Diese Art von Unterricht wird beim derzeitigen Ernährungszustand zu einem Kinderleben und für beide, für Schüler und Lehrer zu einer körperlichen und seelischen Qual. Ich will, wie gesagt, alle diese Punkte unter Ihr fach- und fachgemäßes Urteil stellen; ich bin aber genötigt — und das ist der eigentliche Zweck dieses Briefes — Sie, geehrter Herr Schulrat, auf einen Widerspruch aufmerksam zu machen, der zwischen Ihrer gutachtlichen Äußerung und Ihrem Handeln besteht, und den aufzuklären Sie der Lehrerschaft und der Elternschaft Karlsruhe schuldig sind: Warum wird bei dieser Sachlage die Rücksicht auf den Gesundheitszustand der Kinder nur für die Schüler, die die Volksschule besuchen, ins Feld geführt, um die ungeteilte Unterrichtszeit abzulehnen?, warum treten Sie dann nicht folgerichtiger Weise für die Durchführung desselben Grundfaches auch an den städt. Mittelschulen ein? Das wäre doch Ihre Pflicht als Schulrat. Oder können Sie es verantworten, auf einem solchen — für die Jetztzeit besonders — wichtigen Posten stehend, ruhig zuzusehen, wie entgegen Ihrem fachgemäßen Urteile tagen, tagaus, jahrein, jahraus die Schüler der Mittelschulen diese 5 verpönten Stunden abzusitzen haben, wobei — was auch Ihnen bekannt ist — erschwerend hinzu kommt, daß dort das Fachlehrer-System besteht, das also der einzelne Lehrer viel weniger zu- und abgeben kann, sondern immer höchstforderungen an seine, jede Stunde neu vor ihm aufzutretende Schüler stellen muß und wird?

Nur eine Antwort schüße Klarheit: Die Schüler der Mittelschulen können dem ständigen Unterricht folgen, weil sie — nach ärztlicher Beobachtung — körperlich stärker, weil sie besser als die Volksschüler ernährt sind.

Das kann aber nicht in Wirklichkeit der Fall sein; denn einmal erhalten — was ich durchaus für gerecht finde — auch Schüler der Mittelschulen die ungeheure Kost der ersten Menschenfreunde, die Quänterpeisung, und zum andern möchte an den Volksschulen und in der Presse ein Anspruch die Kunde, den Sie im Zusammenhang mit der Quänterpeisung haben sollen: daß es sogar an den Mittelschulen einen weit größeren Prozentsatz Unterernährte gebe, als an den Volksschulen hier. Ihre Sprechern und Tun stellt also einen für mich unzulässigen Widerspruch: Entweder sind die Volksschüler besser ernährt als die Mittelschüler. Dann dürften Sie nicht für Beibehaltung der geteilten Unterrichtszeit nur an den Volksschulen sprechen. Oder das umgekehrte ist der Fall. Dann entziehen Sie, auf Grund Ihrer Stellung als Schulrat und Ihres Einflusses als solcher vielen armen Kindern der unteren Stände die ihnen dringlich notwendige Quänterpeisung, indem sie diese Volksschülern zugewiesen. Stimmt aber Ihre angebliche Äußerung, daß die Mittelschüler körperlich noch mehr leiden und abgewirtschaftet sind als die Volksschüler, dann ist es eine Unverantwortlichkeit, wenn Sie als Schulrat zugesehen haben, wie diese, entgegen Ihrer in sachgemäßen, sachmännlichen Urteil, die verworfene ungeteilte Unterrichtszeit so lange auszusitzen haben, an Leib und Seele Schaden leidend und die kleiden, schämlichen Opfer der Stadt eine fürchterliche Anklage gegen Sie, den einflussreichen städtischen Schulrat, wenn Sie gelassen zusehen, wie diese Volksschüler die ungeteilte Unterrichtszeit auch weiterhin neben einem hohen Stundenlohn und umfangreichen Hausarbeiten zu ertragen haben. Denn die Frage der Unterrichtszeit muß in erster Linie mit Rücksicht auf die Gesundheit der Schüler behandelt werden. — Das gilt doch nicht etwa nur für die Volksschule? Herr Stadtschulrat! Sie haben die Schlüssel, die uns Ihr widerspruchsvolles Verhalten zwischen Volksschule und Mittelschule lösen. Ich werde Ihnen — und mit mir sehr viele Einwohner der Stadt — für Ihre Erklärung dankbar sein. Und wir haben ein Recht auf diese Aufklärung: die Eltern der Volksschüler sowohl, als die Eltern der breiten Schichten der Volksschule, ebenso die Lehrerschaft der Volksschule, die damals die ungeteilte Unterrichtszeit forderte, weil sie sich von dem obersten Gedanken ihres Handelns auch hier leiten ließ; jedes Mittel zu ergreifen, das nach ihrer Auffassung geeignet erscheint, die Kinder des Volkes körperlich und damit geistig zu kräftigen und zu heben.

Mit vorzüglicher Hochachtung! G. Günter, Hauptlehrer, Vorsitzender des Bez.-A.-B. Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Rudolf Hof von Geis-Ribba, Militärarzt in Badenhausen, mit Emma Emma Witwe von Grünberg...

der von hier. Hermann Bed von Zürich, Kaufmann hier, mit Karolina Wilhelm von Strahburg. Alfred Braun von hier...

alt 88 Jahre. Susanna Ott, alt 70 Jahre, Witwe von Philipp Ott, Schmiedmeister. Erwin, alt 1 Jahr 4 Monate 8 Tage...

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Verband der Lederarbeiter.) Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, im „Eisch“ Versammlung...

Biehhandelsverbot. Dem August Gemeinden in Karlsruhe, Adlerstraße 18, wurde auf Grund des § 1 der Verordnung...

Stadtgarten-Brunnenkur. Von Sonntag, den 27. Juni ds. Js. an, jeweils morgens von 7-9 Uhr, gelangen am südlichen Stadtgarteneingang...

Phorosan-Heilanstalt für Haut- u. Geschlechtskranke. Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St. Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe...

Bruchfaler Anzeigen. Karten-Ausgabe am Freitag, den 2. Juli 1920, von 8 bis 12 Uhr...

Kartoffel-Verförmung aus der neuen Ernte. Nach den bestimmten Erklärungen des badi-schen Ministeriums...

Handels-Hochschul-Kurse Karlsruhe. Vorlesung Prof. Gothein fällt heute aus. Nächste Vorlesung in 8 Tagen...

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16.

Städtischer Verkauf. Käse, am Freitag, den 2. Juli d. J., bei Knecht, Ecke Durlacher- und Ritterstraße...

Fahrräder, Nähmaschinen und sämtliche Ersatzteile. Fahrradpneumatik nur frische Qualitätsware in reicher Auswahl...

Lager-Säffer von 16 bis 50 Hektol, tadellose Qualität, billigst zu verkaufen.

Durlacher Anzeigen. Gefrierfleisch-Ausgabe. Diese Woche erfolgt eine Ausgabe von Gefrierfleisch...

Den Haushaltungen ist es freigestellt, den benötigten Bedarf an Kartoffeln entweder unmittelbar beim Erzeuger, oder durch Vermittlung eines Händlers...

VORTEILHAFT KAUFEN SIE STÖCKE, SCHIRME UND PFEIFEN. BEIM FACHMANN FRANZ DORNHEIM...

Mühlburger Brauerei Karlsruhe-Mühlburg.

Die neuen Vollmilchmarken sind bis spätestens Sonntag, den 4. Juli d. J., bei den zuständigen Milchausgabestellen abzugeben.

Zahlungsanforderung. Das zur Zahlung des Schulds für das erste Dritteljahr 1920/21 für die Handelsschule Jahresthese ist bis spätestens...

Mushilfen zum Servieren für Sonntags gesucht. Städt. Arbeitsamt Abteilung f. das Hotel- u. Wirtsgewerbe...

Zucker-Verförmung. Der Umstand, daß der für die Zeit vom 1. Juli ds. Js. ab auf 3 Monate berechnete Zucker...

Baden-Baden. Einladung zu der am Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule in Baden stattfindenden...

Den Fortbildungsunterricht befr. Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Lehrherren sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 verpflichtet...

Möbliert. Zimmer zu vermieten. 4280 Marienstrasse 18, III. l. Volkbuchhandlung Karlsruhe i. B. Die Stimme aus dem Grabe...

Kaufe getrag. Meider, Schuhe, Weizena, Möbel aller Art, zu reellen Preisen. U. Schap, 67 Kaiserstrasse 67...

Großen öffentlichen Verbraucher-Versammlung. Tagesordnung: Die modernen Konsum-Genossenschaften und die Zwangswirtschaft.

Das Volkshochschullektorat. Karlsruher, den 1. Juli 1920.

Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Die Stimme aus dem Grabe. Reden von JEAN JAURES...

Rechtsauskunftstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Sprechstunden der Rechtsauskunftstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Ortsausschuß - Gewerkschaftsbund Baden-Baden und Umgegend.

Landes-Zentrale  
des Bad. Einzelhandels e.V.  
Bezirksstelle Mittelbaden  
Stefanienstrasse 40.

# Erklärung.

Der gemeinnützige Verkauf von Schuhwaren des Ortsausschusses  
Karlsruhe der

## A. D. G.

ist nichts weiter als ein von gewissen Personen (früher nicht im  
Schuhhandel), welche die Gewerkschaften als Mittel zu ihrem Zweck  
benützten, veranstaltetes Gewinnunternehmen.

Der Hintermann, der seit Wochen in einem ersten hiesigen Hotel  
wohnt, täglich mit seinem eigenen Auto nebst eigenem Chauffeur  
Luxusfahrten unternimmt, hat in

### 14 Tagen Hunderttausende

an dem hiesigen Verkauf verdient.

Wir werden nachweisen, dass mit ganz enormem Gewinn ge-  
arbeitet wird, dass

**Stiefel à Mk. 120.—**

verkauft werden, fast ganz aus Pappdeckel (im Frieden kostete  
gleiches Fabrikat im Einkauf Mk. 4.— bis Mk. 5.—) dass Stiefel,  
die ab Fabrik mit Mk. 108.— bezahlt wurden, zum

### „Selbstkostenpreis“ von Mk. 160.—

verkauft wurden, alles aus Liebe fürs Publikum.

Ein sehr grosser Teil der zum Verkauf gelangten Waren wurde  
vor Abgabe an obige Hintermänner der A. D. G. einem hiesigen ersten  
Geschäft angeboten. Der betreffende Fachmann hat den Ankauf der  
Mehrzahl der Artikel abgelehnt, weil die Qualitäten zu schlecht waren.

Diese Herren werden vielleicht weitere

### Hunderttausende

in wenigen Tagen verdienen; der reelle Schuhhandel hat aber ein  
Interesse daran, dass das Publikum erfährt, was alles aus „reiner  
Nächstenliebe“ ihm zugemutet wird.

**Fachgruppe Schuhwaren in der Landeszentrale des bad. Einzelhandels e.V.**

## U.S.P.D.

Ortsgruppe Aue.

Am Freitag, den 2. Juli, abends 7/8 Uhr  
findet im „Sternen“ eine

### öffentliche Volks-Versammlung

Thema: „Stellung der U. S. P. zur politischen  
Lage im Reich und Einzelstaat.“  
Referent: Genosse Rutke (Leipzig) 4286  
Arbeiter, Bürger, erscheint in Massen!  
Der Vorstand.

## Das städt. Rheinbad Maxau

ist 1798  
geöffnet.

## Preisauschreiben.

Zur Erlangung künstlerischer Lichtbilder  
(Photographien) von Karlsruhe und Umgebung  
für Werbefchriften erläßt der Verkehrsverein  
Karlsruhe (E. V.) hierdurch ein Preisauschreiben.  
Zugelassen zu dem Wettbewerb sind Berufs-  
und Liebhaberphotographen. Abdrücke der  
näheren Bedingungen werden in unserer öf-  
fentlichen Ausstellung, Bahnhofplatz 6, gegen  
Erstattung der Selbstkosten abgegeben.

Zeitpunkt für die Einreichung der Aufnah-  
men: 1. Oktober 1920. Wir laden zur Teil-  
nahme an diesem Wettbewerb ein.  
Karlsruhe, den 24. Juni 1920. 4280

## Verkehrsverein (E. V.)

Der geschäftsführende Vorstand.

## Rohlen- u. Holzbezug.

Die günstigste Zeit für den Bezug von

## Rohlen u. Holz

ist jetzt, für Herbst und Winter können wir  
keine Gewähr dafür übernehmen, daß die Lie-  
ferung rechtzeitig erfolgt und daß Wünsche  
bezüglich der Sorten berücksichtigt werden  
können. 4281

Die Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung  
bei Bestellung.

## Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Karlsruher Parkett- u. Fenster-  
Reinigungs-Institut  
Reinigen von Parkettböden  
Fenstern u. Glasdächern  
Adolf Kiesel, Rudolfstr. 25 III

## COLOSSEUM

Ab heute Donnerstag, den 1. Juli  
u. folgende Tage, jeweils abends 8 Uhr

Große internationale  
**Sport-Wett-Kämpfe**  
um den 4275  
Goldpokal des Freistaates Baden  
und 4000.— Mark in Bar.  
Anmeldung von 14 erstklassigen  
**Ringern und Boxern.**  
Hierzu: Das glänzende neue  
**Variété-Programm.**

Colosseumkasse täglich von 11.— 12 1/2 Uhr  
und abends ab 7 Uhr geöffnet.

## Vernickeln aller Art gegenstände.

## Neuer- richtungen v. Beleuchtungskörpern

## Chr. Friedr. Müller

Karlsruhe, Ruppertsstraße 32 4278  
Haltestelle der Straßen-Linie 3, Schützenstr.  
Auf Wunsch Besuch ohne jede Verbindlichkeit.

## Geschäfts-Übernahme u. Empfehlung.

Heute Donnerstag, den 1. Juli Er-  
öffnung des von mir käuflich erworbenen

## Gasthauses zum Goldenen Adler

Karlsruherstr. 12 am Marktplatz  
was ich einem berechneten hiesigen und  
auswärtigen Publikum empfehlend  
anzeige.

**Adalbert Pörr**  
früherer Besitzer des Gasthauses zum  
Bad. Hof, Durlach.

**Erstklassige Biere :: Keine Weine  
Gute Küche**  
Säle für Gesellschaften u. Vereine etc.  
Fernsprecher 2696. 4282

## Neue Lotterie!

1.ziehung Preuss. fädd.  
Staatslotterielotterie  
13./14. Juli  
mit bestem Gewinnplan  
und Treffer bis 1/2 Million  
Mark.

1/2	1/4	1/8	1/16	Dobant.
7.30	14.50	29.20	58.40	991.
oder 4279				
38.50 73.— 146.— 292.— für				
alle 5 Klassen empfiehlt				

**Ludwig Göb**  
Bad. Lotterieleinnehmer  
Hebelstraße 11, b. Rathaus.

**Kinderwagengelegen-  
heitskauf.** Habe wiederum  
eleg. Motor. Sportbill. zu  
verf. Waldhornstr. 32,  
3. Stock, rechts. 4284

## Kaufst. Kaufst. Verkauf von Alt- u. Möbel

Besichtigung ohne Kauf-  
zwang erwünscht.  
**Karl Rauch,**  
Drehbstr. 3. Drehbstr. 3.

## Frische Veith-Pneumatik

eingetroffen.  
Decke Mark . 100.—  
Schlauch Mark . 30.—

**Witzemann, Mühlburg**  
Rheinstraße 34 a. 4285

## Frauenarbeitschule des Bad. Frauen-Vereins

gewerbliche Unterrichtsanstalt  
zur Hebung der Bildung und Erwerbsfähigkeit  
des weiblichen Geschlechts.

- Am 8. September, vormittags 8 Uhr, be-  
ginnen sämtliche Kurse für häuslichen Be-  
darf in Handnähen, Maschinennähen, Klei-  
dermachen mit entsprechendem Schnittzeich-  
nen, Fäden und Kunststoffen, Weißsticken,  
Buntsticken, Knüpfarbeiten, Stricken, Weben,  
Küchmachen, Feinbügeln, Frisieren, Zeich-  
nen, Buchführung, Rechnen und Deutsch,  
Turnen, Gesang und Lebenskunde.
- Extrakurse für Damen in Weißnähen und  
Schneiderei.
- Vorbereitungs- und Seminar für Hand-  
arbeitslehrerinnen und Lehrerinnen an Ge-  
werbeschulen.
- Berufsausbildung für Weißnäherinnen,  
Kleidermacherinnen, Zimmermädchen und  
Kammerjungfern.
- Mittwochnachmittagskurse für schon im  
Dienst stehende Zimmermädchen und Jung-  
fern.
- Volle Pension für auswärtige Schülerinnen  
in der Anstalt. Sorgfältige Erziehung und  
Pflege.

Erläuterungen durch die Anstalt, Gartenstraße 47,  
Anmeldungen bei der Vorsteherin Frau  
Josefine Mayer, Hauptlehrerin, bis zum  
1. August täglich zwischen 11—12 Uhr oder  
schriftlich. 4277

Der Vorstand der Abteilung I.

## Zerriffene Strümpfe

aller Art werden wie neu hergerichtet. Preis  
pro Paar 1 Mk. Lieferzeit 2—3 Tage.  
Schützenstraße 4, durch den Hof. 4278

## Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 1. Juli 1920.

## Orpheus in der Unterwelt

Burleske Oper in 2 Akt u. 4 Bildern v. Offenbach.  
Anfang 7 Uhr. Mk. 14.40 Ende nach 1/10 Uhr.

## Verreist! Zahnärztin Hanna Schiff

Ettlingerstraße 15. 4279

## Ich habe mich in Karlsruhe als Rechtsanwalt

niedergelassen und treibe die Praxis ge-  
meinschaftlich mit den Rechtsanwälten  
**Dr. Dietz, Dr. Kirchenbauer und  
Dr. Walther Weill** aus.

Büro: Kaiserstr. 199 Telefon 290.

## Dr. Kurt Sickinger

Rechtsanwalt. 4288

## Ortskrankenkasse der Diensthöten.

Nach Beschluß des Ausschusses unserer Klasse  
vom 21. ds. Mts. und mit Genehmigung des  
Badischen Oberversicherungsamtes laßbar wer-  
den mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. ab die  
Kassenbeiträge von 5,5 auf 7 Hundertstel des  
Grundlohnes erhöht. 4278

Die Tabellen über Klasseneinteilung, Bei-  
träge und Kassenleistungen können bei unserer  
Kassenverwaltung, Gartenstraße 14/16, unent-  
geltlich in Empfang genommen werden.  
Karlsruhe, den 28. Juni 1920.  
Der Vorstand.

## Rucksäcke

prima Ware  
selbstgefertigte  
Baren in ber-  
schied. Preisl.  
hat abzugeben

**M. Oswald, Karlsruhe**  
Schützenstraße 42. 40517



Donnerstag nachmittag und Freitag  
vormittag:

## See-Fische

Nur frische, erstklassige Ware!  
Keine Konkurrenzlampenware!

**Westendhalle Mühlburg.** 4283